

jahresbericht 2014



LIECHTENSTEINISCHER
BANKENVERBAND

Inhalt

2	VORWORT
---	---------

4	TÄTIGKEITSBERICHT 2014
---	------------------------

22	DER LIECHTENSTEINISCHE BANKENSEKTOR 2014
----	---

24	GESETZLICHE UND REGULATORISCHE NEUERUNGEN
----	--

25	MITGLIEDSBANKEN
26	Liechtensteinische Landesbank AG
27	LGT Bank AG
28	VP Bank AG
29	NEUE BANK AG
30	Volksbank AG
31	Valartis Bank (Liechtenstein) AG
32	Banque Havilland (Liechtenstein) AG
33	Bank Frick & Co. AG
34	EFG Bank von Ernst AG
35	Raiffeisen Privatbank Liechtenstein AG
36	Kaiser Partner Privatbank AG
37	Bank Vontobel (Liechtenstein) AG
38	Bank Alpinum AG
39	Union Bank AG

40	ORGANISATION
----	--------------

42	LISTE DER LIECHTENSTEINISCHEN BANKEN
----	--------------------------------------

Vorwort des Präsidenten



Adolf E. Real, Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbandes

Die Zahlen der Banken für das Jahr 2014 sprechen eine deutliche Sprache: Wir haben einiges erreicht und darauf dürfen wir stolz sein. Natürlich sind wir gehalten, bei diesem Satz auch den Warnfinger oben zu lassen und daran zu erinnern, dass uns noch zahlreiche, grosse Aufgaben bevorstehen. Zwar wäre es vermessen zu meinen, dass die Herausforderungen in Zukunft abnehmen werden. Zumindest dürfen wir in ein bis zwei Jahren aber sagen, dass die wegweisenden, grundlegenden Umwälzungen vorbei sind und wieder etwas ruhigere Gewässer auf uns zukommen.

Wir müssen uns also ob der ansehnlichen Resultate nicht euphorisch auf die Schulter klopfen, aber wir dürfen immerhin sagen: Wir haben es geschafft, dass wir ein anerkannter, attraktiver Finanzplatz sind, der Vertrauen und Anziehungskraft genießt. Die Banken haben im Jahr 2014 so gute Zahlen vorgelegt, wie seit 2008 nicht mehr. Dahinter steckt harte Arbeit und das feste Vertrauen in

die eigene Leistungsfähigkeit. Diesen Weg müssen wir unbeirrt weiter gehen. Vor sechs Jahren sprachen wir von Mut, Besonnenheit und Entschlossenheit, die nach der Finanzkrise nötig seien. Und genau das haben die Banken gezeigt. Sie waren mutig und haben sich weiter nach aussen gewandt, ihre Strategien gefestigt und sich in einer immer globaler werdenden Welt als Vertreter eines der kleinsten Finanzplätze weltweit selbstbewusst gezeigt und mit innovativen Produkten und Dienstleistungen stets ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Sie waren entschlossen, den globalen Markt nicht allein den grossen Instituten weltweit zu überlassen; ebenso waren sie entschlossen, an der Transformation im heimatlichen Hub Liechtenstein aktiv mitzuwirken. Und nicht zuletzt gingen sie besonnen vor. Die Banken in Liechtenstein treten leise aber konsequent auf, agieren bestimmt aber fair. Sie müssen sich keinesfalls verstecken.

Das Ergebnis 2014 lässt sich denn auch sehen: Die Verdoppelung der Netto-Neugelder belegt, dass uns die Kunden vertrauen. Qualität, Stabilität und Nachhaltigkeit sowie Transparenz zeigen, um Vertrauen zu stärken, das waren die Kerngedanken und Grundwerte unserer Roadmap 2015. 216 Milliarden betreute Vermögen haben uns zurück auf das Niveau des Rekordjahres 2007 geführt, dies bei einer weltweit nach wie vor höchsten Kernkapitalquote von durchschnittlich rund 19 Prozent. Und es ist erfreulich, dass auch die Vermögen am Bankenplatz Liechtenstein selbst um sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr zulegen konnten. Dies alles in einem ausserordentlich herausfordernden Marktumfeld.

Der Liechtensteinische Bankenverband (LBV) hat sich im letzten Jahr einmal mehr als effizienter Dienstleister für die Banken erwiesen. So wurden die zahlreichen Regulierungsvorschriften, wie z. B. das CRD IV-Paket oder FATCA in die Praxis überführt und die Grundlagen für die Umsetzung des Automatischen Informationsaustausches (AIA) erarbeitet. Liechtenstein hat sich als Early

Adopter verpflichtet, den AIA frühzeitig umzusetzen. Der LBV hat diesen Schritt nicht nur begrüsst, sondern national wie international mitgearbeitet und diesen aktiv begleitet. Auch hinsichtlich einer Lösung bezüglich der Überführung der EU-Aufsichtsstrukturen in den EWR haben wir uns im In- und Ausland engagiert und beherzt eingesetzt, um für alle Produkte unserer Banken den wichtigen freien Marktzutritt auch weiterhin reibungslos zu gewährleisten.

Der Verband hat mit zahlreichen Arbeitsgruppen, bestehend aus Vertretern der Banken und des Verbandes, intensiv an diesen Massnahmen gearbeitet und darüber hinaus auch den Verband mit der Einführung der Passivmitgliedschaft breiter aufgestellt.

Der LBV war zudem Treiber der selbst auferlegten Richtlinie zur Steuerkonformität. Denn die liechtensteinischen Banken haben sich bereits seit langem klar zum Ziel gesetzt, nur noch deklarierete Vermögen zu verwalten. Diese praktizierte Steuerkonformität setzen die Banken auch künftig konsequent fort. Sie war und ist ein starkes Signal nach innen und nach aussen.

Das haben wir auch 2014 in den zahlreichen Gesprächen mit internationalen Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Medien erfahren, in denen wir über das Fortschreiten der Transformation und die künftige Positionierung unseres Bankenplatzes berichten konnten. Liechtenstein wird auch von aussen als moderner, agiler und vor allem glaubwürdiger Finanzplatz wahrgenommen.

Mein grosser Dank gilt deshalb dem Team der Geschäftsstelle des Liechtensteinischen Bankenverbandes unter der Leitung von Simon Tribelhorn, das diese grossen Herausforderungen in den vergangenen Monaten ja Jahren konsequent angegangen ist und dem Bankenplatz zu weiterem Ansehen verholfen hat. Aber auch die über 100 Bankmitarbeitenden, die sich in Arbeitsgruppen und Ausschüssen engagierten, haben einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung des Finanzplatzes geleistet. Mein Dank gilt der Regierung, dem Landtag, den liechtensteinischen Verbänden und

der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein. Gemeinsam haben wir vieles geschafft im Jahr 2014. Und: Wir schaffen noch mehr!

Denn bereits heute stehen völlig neue Aufgaben an. Die Kunden von heute und vor allem jene von morgen suchen Stabilität, Langfristigkeit aber auch das neue, moderne Banking, wie es im 21. Jahrhundert gefordert ist. Daher stellen sich noch viele Fragen. Wie gehen wir mit der zunehmenden Digitalisierung um? Wie mit den neuen jungen Kunden, den Digital Natives, die ein anderes Banking erwarten als ihre Eltern und Grosseltern? Wie gehen wir in einer transparenten Welt mit dem Schutz persönlicher Daten um? Wie lösen wir anstehende Herausforderungen im Personalbereich, in dem immer neue Qualifikationen verlangt werden? Und wohin führen wir das Land, welches von einer Politik der Besonnenheit geprägt ist? Ein Land, das Weitsicht, Mut und Drive braucht, um das aufgebaute Fundament unseres Banken- und Finanzplatzes zu schützen, zu stärken und vor allem darauf weiter aufbauen zu können.

Ich bin zuversichtlich, wenn ich in die Zukunft schaue. Zuversichtlich, weil wir fähige Leute haben – die wichtigsten Parameter für einen gesunden Standort und ebenso wichtig wie Stabilität und Nachhaltigkeit. Diesen müssen wir jedoch auch Sorge tragen. Und wir haben (noch) Ressourcen. Diese sollten wir nutzen und investieren, damit wir unsere nun folgende Agenda 2020 in die Realität umsetzen und weiterhin im globalen Wettbewerb bestehen können sowie ein evidenter Wirtschaftszweig in Liechtensteins Volkswirtschaft bleiben werden.



Adolf E. Real
Präsident

Tätigkeitsbericht 2014

1. Verbandsorganisation

1.1 Mitglieder

Der Liechtensteinische Bankenverband (LBV) ist einer der bedeutendsten Wirtschaftsverbände des Landes. Er ist ein von jeglicher staatlichen und sonstigen Unterstützung unabhängiger Verein und leistet auf der Basis der freiwilligen Mitgliedschaft wertvolle Unterstützungs- und Lobbyarbeit zugunsten aller angeschlossenen Banken im In- und Ausland.

Im Jahr 2014 ist die Union Bank AG, Vaduz, als neues Mitglied beim LBV dazu gekommen. Mit der Aufnahme der Union Bank AG vertritt der LBV nun sämtliche in Liechtenstein aktiv tätigen, volllizenzierten Banken.

Nach Erhalt der aufsichtsrechtlichen Genehmigung durch die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA) hat die VP Bank AG sämtliche Aktien der Centrum Bank AG erworben. Die Centrum Bank AG wurde damit per 7. Januar 2015 zur 100-prozentigen

Tochtergesellschaft der VP Bank AG und ist per Mitte 2015 vollständig in die VP Bank AG integriert worden.

Per Mitte 2015 vertritt der LBV somit wie bis anhin 14 Banken.

Ab dem 1. Februar 2014 öffnete der LBV zudem sein Leistungsangebot auch für andere Finanzplatzteilnehmer und führte eine Passivmitgliedschaft ein. Der Verband begegnete so einem wachsenden Bedürfnis am Finanzplatz und bietet die Möglichkeit, Synergien sinnvoll zu nutzen, Ressourcen zu bündeln und Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Passivmitglieder profitieren von einem Teil der Leistungen des Verbandes, sind aber ohne Mitspracherecht. Bis Mitte 2015 sind bereits folgende Organisationen dem LBV als Passivmitglied beigetreten: Ernst & Young AG, Inventx AG, KPMG AG, Ott, Hagen & Partner AG, Pricewaterhouse-Coopers AG, ReviTrust Grant Thornton AG und The Boston Consulting Group (Switzerland) AG.

Vorstand



Adolf E. Real
Präsident



Alfred W. Moeckli
Vizepräsident
VP Bank



Norbert Biedermann
LGT



Roland Matt
LLB



Willy Bürzle
Neue Bank



Dr. Andreas Insam
Valartis Bank



Peter Lang
Banque Havilland



Christian Reich
Kaiser Partner



Die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle des Liechtensteinischen Bankenverbandes (v.l.n.r.)

Sabine Langenegger, Andrea Brüllmann, Silvia Heron, Simon Tribelhorn, Rafike Yezza, Esther Eggenberger, Anita Hardegger, Johann Wucherer

1.2 Vorstand

Der Vorstand wurde bis zur ordentlichen Generalversammlung vom 12. März 2014 durch den Präsidenten, Adolf E. Real, und den Vizepräsidenten, Roland Matt (Liechtensteinische Landesbank AG), geleitet.

Anlässlich der ordentlichen Generalversammlung vom 12. März 2014 fand eine Gesamterneuerungswahl des Vorstandes statt. Dabei wurde Adolf E. Real als Präsident für eine weitere Amtsperiode von zwei Jahren bestätigt. Zum neuen Vizepräsidenten wurde gemäss dem Rotationsprinzip Alfred W. Moeckli, CEO der VP Bank AG, gewählt.

Ferner wurden folgende Banken im Vorstand wiedergewählt:

- LGT Bank AG
- Liechtensteinische Landesbank AG
- NEUE BANK AG
- Centrum Bank AG
- Kaiser Partner Privatbank AG
- Valartis Bank (Liechtenstein) AG
- Banque Havilland (Liechtenstein) AG (vormals Banque Pasche (Liechtenstein) AG)

Infolge der Übernahme der Centrum Bank AG durch die VP Bank AG ist die Centrum Bank AG aus dem Vorstand des LBV ausgeschieden. An ihrer darauffolgenden ordentlichen Sitzung im März 2015 hat die Generalversammlung deshalb beschlossen, die Anzahl der Vorstandsbanken auf deren sieben zu reduzieren und auf eine Ersatzwahl zu verzichten.

Im Laufe des Jahres 2014/2015 sind im Vorstand folgende Mutationen erfolgt:

- Dr. Olivier Jaquet, Centrum Bank AG (ausgeschieden infolge Übernahme der Centrum Bank AG durch die VP Bank AG)
- Peter Lang (Nachfolger von Robert Rastner, Banque Havilland (Liechtenstein) AG)

Der Vorstand traf sich im Jahr 2014 zu zwölf ordentlichen Sitzungen.

1.3 Generalversammlung

Die ordentliche Generalversammlung des LBV fand in Anwesenheit von 13 der insgesamt 14 Vertreter der Mitgliedsbanken am 13. März 2014 statt. Aufgrund der steigenden Herausforderungen auf dem Finanzplatz Liechtenstein und der Notwendigkeit, dass auch andere Finanzintermediäre, welche MiFID-Dienstleistungen erbringen, sich an einem Anlegerschutzsystem anschliessen müssen, hat die Generalversammlung an dieser Sitzung beschlossen, die von den Banken bereits im Jahr 2001 gegründete und laufend ausgebauten Einlagensicherungs- und Anlegerschutz-Stiftung (EAS) auch für andere liechtensteinische Finanzintermediäre zu öffnen. Diese Öffnung stellte einen ersten Zwischenschritt dar und ermöglichte es vorderhand einmal, dass sich ab dem 1. April 2014 neu – aber unter Einhaltung gewisser Einschränkungen – auch Wertpapierfirmen nach BankG, Vermögensverwalter nach VVG, Verwaltungsgesellschaften mit individueller Portfolioverwaltung nach UCITSG und AIFM mit individueller Portfolioverwaltung nach AIFMG dem EAS der Banken anschliessen können.

Am 14. Mai 2014 hat der LBV eine Plenarversammlung einberufen, an welcher sämtliche Mitglieder über die aktuellen Dossiers auf dem Laufenden gehalten wurden. Im Fokus stand dabei unter anderem die kurz bevorstehende Unterzeichnung des zwischenstaatlichen Abkommens zwischen Liechtenstein und den USA (Intergovernmental Agreement, kurz: IGA) zur Umsetzung von FATCA sowie die Grundsatzvereinbarung der EU-G5-Länder (Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Grossbritannien) über die Einführung des künftigen Automatischen Informationsaustausches (AIA) auf der Basis und dem Muster von FATCA. Ebenso waren auch die EU-Parlamentswahlen ein wichtiges Thema, da von deren Ausgang ein massgeblicher Einfluss auf die Wahlen auf Kommissionsebene sowie die gesamte künftige EU-Politik erwartet wurde.

An der regulären a. o. Generalversammlung im Herbst, welche am 22. Oktober 2014 stattgefunden hatte, wurde sodann das Budget 2015 genehmigt.

Anlässlich einer zusätzlich am 21. Januar 2015 einberufenen a. o. Generalversammlung haben die Banken einstimmig beschlossen, die bereits seit längerem bestehende Steuerkonformitäts-Richtlinie nochmals zu erweitern und sich und ihre Kunden damit auf den künftigen Automatischen Informationsaustausch vorzubereiten. Die angepasste Richtlinie hält weiterhin am Grundsatz fest, dass es in erster Linie Aufgabe der Kunden selbst ist, ihren Steuerpflichten nachzukommen. Neu haben sich die Banken dazu verpflichtet, zusätzlich zu den bereits implementierten Massnahmen bei bestehenden Kunden erweiterte Sorgfaltspflichten nach Massgabe des risikobasierten Ansatzes zur Abklärung und Sicherstellung eines steuerkonformen Verhaltens anzuwenden. Das heisst, die Banken sind gehalten, ihre bestehenden Kunden zu überprüfen und sich gegebenenfalls die Steuerkonformität bestätigen zu lassen. Darüber hinaus müssen die Banken Massnahmen ergreifen, die verhindern, dass Geschäftsbeziehungen dem Anwendungsbereich des Automatischen Informationsaustausches (AIA) entzogen werden. Kunden mit Steuerdomizil in einem Land, mit dem ein Umsetzungsabkommen über den AIA abgeschlossen werden soll, dürfen keine Transaktionen zur Auflösung einer Geschäftsbeziehung in ein Land ausführen, das sich nicht zum OECD-Standard bekannt hat. Damit soll verhindert werden, dass Vermögenswerte dem Besteuerungsrecht des Kunden-Domizillands entzogen werden könnten. Ausserdem wurden die Vorschriften für Barausgänge angepasst.

Gleichzeitig hat die Generalversammlung an dieser a. o. Sitzung vom 21. Januar 2015 die Umwandlung der Einlagensicherungs- und Anlegerschutzstiftung (EAS) in eine segmentierte

Verbandsperson nach Art. 243ff. PGR beschlossen. Damit wurde die im April 2014 getroffene Zwischenlösung abgelöst und die EAS in die Lage versetzt, ihre Dienstleistungen ohne Einschränkung einem breiteren Kreis von Finanzintermediären anzubieten und ihre Tätigkeit als kombinierte Sicherungseinrichtung für den gesamten Finanzplatz wahrzunehmen.

An sämtlichen Versammlungen wurden die Mitglieder regelmässig über den aktuellen Stand betreffend die integrierte Finanzplatzstrategie und internationale Steuerkooperation, die EU/EWR-Aufsichtsstrukturen sowie über die Arbeiten in Zusammenhang mit der EAS unterrichtet.

1.4 Geschäftsstelle

1.4.1 Mitarbeiter / Organisation

Die Geschäftsstelle besteht unverändert aus acht Personen zu insgesamt 670 Stellenprozent.

1.4.2 Anlässe und Konferenzen

Am 21. Februar 2014 organisierte die Geschäftsstelle eine Informationsveranstaltung bei der VP Bank AG in Triesen betreffend die Vernehmlassung der Änderungen im BankG zur Umsetzung des CRD IV-Pakets. Zusammen mit dem von der Regierung beauftragten externen Experten Prof. Dr. Dirk Zetzsche, Universität Liechtenstein, stellten die in diesem umfassenden Gesetzesprojekt involvierten FMA-Vertreter die liechtensteinische Umsetzung der CRD IV-Bestimmungen vor. Im Zusammenhang mit der Vernehmlassung sollten die Bankenvertreter die Möglichkeit erhalten, die Kernaspekte des Gesetzespakets mit den Regulatoren zu diskutieren, um frühzeitig Fragen stellen und Unklarheiten beseitigen zu können. Mit einer Teilnehmeranzahl von ca. 40 Personen stiess das Angebot auf reges Interesse.

Am 27. Februar 2014 fand im Schaaner SAL die zweite internationale Steuerpraxistagung statt, bei der aktuelle Themen rund um die multilaterale Amtshilfekonvention aufgearbeitet wurden. Organisiert und durchgeführt wurde der Anlass erneut vom LBV zusammen mit drei renommierten Wirtschafts- und Steuerberatungskanzleien aus Liechtenstein (Sele Frommelt & Partner Rechtsanwälte), Österreich (LeitnerLeitner) und Deutschland (Flick Gocke Schaumburg). Über 100 Teilnehmer folgten der Einladung. Hochkarätige Referenten seitens OECD, Bundesfinanzministerium, der drei Kanzleien und der liechtensteinischen Stabsstelle für Internationale Finanzplatzagenden (SIFA) gaben einen Einblick in eine Zukunft nach der Unterzeichnung der multilateralen Amtshilfekonvention. Mit einem Referat zur multilateralen Amtshilfekonvention und dem Weg zum OECD-Standard für einen Automatischen Informationsaustausch führte

Achim Pross, Leiter der Abteilung für internationale Zusammenarbeit am Zentrum für Steuerpolitik und Steuerverwaltung der OECD, in den Nachmittag ein. Inwieweit eine Lösung für die Vergangenheitsbewältigung aus deutscher Sicht möglich, ja sogar notwendig ist, zeigte Michael Sell, Leiter der Steuerabteilung im deutschen Bundesministerium der Finanzen, auf. Nach einer kurzen Pause stellte Karsten Randt, Fachanwalt für Steuer- und Steuerstrafrecht und Partner bei Flick Gocke Schaumburg die Auswirkungen der steuerlichen Regularisierung für Kunden, Banken und Treuhänder dar. Am Beispiel Österreichs zeigten Rainer Brandl und Yvonne Schuchter von LeitnerLeitner sowie Heinz Frommelt, Sele Frommelt & Partner, Gestaltungsmöglichkeiten in einer Welt der Steuerkonformität auf. Die 2. Internationale Steuerpraxisstagung schloss mit einem Podiumsgespräch, an dem neben Achim Pross und Michael Sell auch Katja Gey, Leiterin der Stabsstelle für internationale Finanzplatzagenden (SIFA) und Uwe Ritzer, Wirtschaftskorrespondent der Süddeutschen Zeitung, teilnahmen.

Der LBV als Träger der Einlagensicherungs- und Anlegererschutzstiftung (EAS) lud erstmals am 21. März 2014 Vertreter der deutschsprachigen Sicherungseinrichtungen aus Deutschland, Luxemburg, Österreich und der Schweiz zur zweiten Arbeitssitzung nach Malbun ein. Die insgesamt 21 Vertreter tauschten sich zu zahlreichen aktuellen Themen rund um die Einlagensicherung und die Stabilität der Banken aus. So stand die erweiterte EU-Richtlinie zur Einlagensicherung als Hauptthema ebenso auf der Agenda wie die Weiterentwicklung der Anlegerentschädigung. Weiter fand ein reger Gedankenaustausch über EU-Massnahmen zur Förderung der Stabilität von Banken und deren Einfluss auf die Einlagensicherungseinrichtungen statt. Dabei stand die geplante Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Banken im Mittelpunkt.

Am 4. April 2014 fand das traditionelle bilaterale Treffen zwischen der Schweizerischen Bankiersvereinigung (SBVg) und dem LBV in Zürich statt. Angeführt von den CEOs Claude-Alain Margelisch (SBVg) und Simon Tribelhorn (LBV) diskutierten die Delegationen zahlreiche aktuelle Themen. Beidseitig hatten die Entwicklungen rund um die Steuerkooperation und Finanzmarktregulierungsfragen, insbesondere der OECD-Standard betreffend den Automatischen Informationsaustausch oberste Priorität. Wichtige Dossiers, welche die USA wie auch die EU betreffen, standen ebenfalls auf der Agenda. Dazu gehörten Fragen zu FATCA, die Beziehungen der Schweiz zur EU, die revidierten FATF-Empfehlungen, die diversen nationalen Transaktionssteuern sowie die Diskussionen rund um eine europäische Transaktionssteuer und der damalige Stand rund um MiFID II. Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Banken-

vereinigung, in der beide Wirtschaftsverbände Mitglied sind, war ebenfalls ein wichtiges Traktandum.

Ab dem 10. April 2014 organisierte der LBV zusammen mit dem Center for Young Professionals (CYP) in drei Modulen unter dem Motto «Rund ums Geld» Veranstaltungen zur Förderung des Finanzgrundwissens. Das Ziel bestand darin, sowohl volkswirtschaftliche Zusammenhänge als auch individuelle Anlageentscheide sowie die Chancen und Risiken von Finanzprodukten zu thematisieren (vgl. dazu auch weiter hinten unter Ziffer 2.4.2).

Am 22. April 2014 reiste eine Delegation der LBV-Geschäftsstelle nach Brüssel und traf sich zusammen mit einer Delegation von Finance Norway mit den europäischen Branchenverbänden. Ziel des Treffens war die Diskussion über die EU-Aufsichtsstrukturen und die Umsetzung innerhalb des EWR sowie die Sicherstellung der homogenen Weiterentwicklung des einheitlichen Europäischen Binnenmarktes.

Vom 15. bis 17. Mai 2014 fand das alljährliche «Fünfländertreffen» der deutschsprachigen Bankenverbände statt. Gastgeber war dieses Mal Österreich, welches die Delegationen nach Wien einlud. Neben Steuerthemen standen in erster Linie aktuelle europäische Finanzthemen im Fokus der Gespräche, wobei die Folgen der Finanzmarktkrise und die daraus resultierende Regulierung ganz klar das Schwergewicht des Meinungsaustausches bildeten.

Am 1. Juni 2014 präsentierte der LBV den Banken- und Finanzplatz Liechtenstein im Rahmen eines Business-Lunches bei der Handelskammer Deutschland-Schweiz in Zürich. Mehr als 30 Teilnehmer haben sich aus erster Hand zum Thema «Finanzplatz Liechtenstein im Umbruch – Herausforderungen und Chancen» informiert.

Zur Vorbereitung und Einführung des FATCA-Regelpakets in Liechtenstein veranstaltete der LBV am 3. Juni 2014 in Kooperation mit Ernst & Young (EY) eine Informationstagung im Vaduzer Saal. Rund 200 Vertreterinnen und Vertreter liechtensteinischer Finanzintermediäre und Behörden informierten sich aus erster Hand über das Mitte Mai mit den USA abgeschlossene FATCA-Abkommen und dessen Konsequenzen für die Praxis. Die Veranstaltung beinhaltete neben Vorträgen verschiedener Experten für internationale Steuerangelegenheiten auch die Behandlung konkreter Praxisfälle. Anhand einer ganzen Sammlung von Musterfällen zeigten von FATCA betroffene Verbandsvertreter (LBV, LAFV, THK, LVV) praxisrelevante Fragestellungen aus der Perspektive Liechtensteins auf. Der grosse Andrang zeigte das Bedürfnis an Information und Aufklärung zum Thema sowohl bei Behörden als auch bei Finanzintermediären.

Am 10. Juni 2014 führte der LBV die ersten Tax Talks zusammen mit PWC durch. Steuerexperten aus sieben Ländern haben dabei aus erster Hand und profund über die jeweiligen Steuer- und Offenlegungsregime referiert. Der Anlass ist bei allen Mitgliedsbanken auf eine sehr gute Resonanz gestossen, was sich nicht zuletzt auch in der breiten Teilnehmerschaft gezeigt hat.

Am 11. Juni 2014 führte der LBV den 2. Wien-Abend durch. Im Rahmen eines Gedankenaustausches im Stadtpalais Liechtenstein in Wien durfte der LBV zahlreiche Vertreter aus Österreichs Politik, Wirtschaft und Medien begrüßen. Auf liechtensteinerischer Seite war neben dem Bankenverband auch I.D. Maria-Pia Kothbauer, Botschafterin des Fürstentums Liechtenstein in Wien, anwesend. In seiner Begrüssung skizzierte Verbands- vizepräsident Alfred W. Moeckli den Prozess des Umbruchs am Finanzplatz Liechtenstein. Botschafterin I.D. Maria-Pia Kothbauer sprach über die Geschichte Liechtensteins und des liechtensteinischen Finanzplatzes, die traditionell eng mit der Geschichte Österreichs verbunden ist. LBV-Geschäftsführer Simon Tribelhorn ging aus aktuellem Anlass besonders auf die internationale Integration Liechtensteins und die Umsetzung globaler Standards als wesentlicher Teil der Transformation ein. Der Liechtensteinische Bankenverband knüpfte mit dieser Veranstaltung an den Gedankenaustausch im Juni 2012 an, der auf positive Resonanz gestossen war. Besonderer Höhepunkt des Abends war eine exklusive Führung durch das erst im vergangenen Jahr komplett renovierte und neu eröffnete Stadtpalais Liechtenstein.

Am 24. Juni 2014 lud der Liechtensteinische Bankenverband zum dritten Mal Abgeordnete des Deutschen Bundestages in Berlin zum Gedankenaustausch ein. Die Diskussionen verliefen in freundschaftlicher Atmosphäre und die Gelegenheit zu einem kontroversen Austausch wurde rege genutzt. Der Anlass fand in nächster Nähe zum Reichstagsgebäude in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft, dem Sitz der gleichnamigen überparteilichen Vereinigung der deutschen Abgeordneten, statt. Unter der Schirmherrschaft des SPD-Abgeordneten und stellvertretenden finanzpolitischen Sprechers Manfred Zöllmer waren die Mitglieder mehrerer Ausschüsse geladen. Über Liechtensteins Entwicklung sprachen neben dem Bankenverband Wirtschaftsminister und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer sowie FIU-Chef Daniel Thelesklaf.

Das Highlight des Jahres 2014 stellte der 8. Liechtensteinische Bankentag dar. Hauptredner war OECD-Steuerchef Pascal Saint-Amans, der über die Einführung des Automatischen Informationsaustausches (AIA) sprach und die künftigen Entwicklungen im Steuerbereich aufzeigte. Adolf E. Real freute sich, dass nicht nur

zahlreiche Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Medien der Einladung des Bankenverbandes folgten, sondern auch in diesem Jahr wieder ein topaktueller und spannender Hauptredner gewonnen werden konnte. So dankte Real Pascal Saint-Amans für seine Teilnahme am Bankentag und würdigte seine Leistungen als «Vordenker der OECD-Steuerpolitik».

Zusammen mit drei Mitgliedsbanken stellte der LBV den Banken- und Finanzplatz Liechtenstein erneut an den HSG Banking Days im Oktober 2014 vor. Die Veranstaltung ist die grösste Recruiting-Veranstaltung im Herbstsemester der Universität St. Gallen und dient als Brücke zwischen den weltweit renommiertesten Finanzdienstleistern und den interessierten Studenten (vgl. dazu auch weiter hinten unter Ziffer 2.4.2).

Am 27. November 2014 vergab der LBV an der Universität Liechtenstein den jährlich zu verleihenden Banking Award für die besten Master- und Bachelorthesen im Bereich Banking & Finance. Im Anschluss referierte Robert Priester, Deputy CEO des Europäischen Bankenverbandes (EBF), zum Thema «The European Supervisory Structure – challenges and experiences so far».

1.5 Ausschüsse / Arbeitsgruppen des LBV

Im Jahr 2014 arbeiteten mehr als 130 Mitarbeitende diverser Mitgliedsbanken in insgesamt neun Ausschüssen (Finanzen, Kommunikation, Kredite, Nachhaltigkeit, Operations, Personal, Personalentwicklung, Recht & Compliance und Steuern) sowie in zahlreichen Arbeitsgruppen zusammen. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr erneut eine Zunahme der Anzahl Mitarbeitenden aus den Mitgliedsbanken, die in Gremien des LBV aktiv mitarbeiten. Ebenso hat die Zahl der eingesetzten Arbeitsgruppen in den vergangenen vier Jahren stark zugenommen, worin sich die Herausforderungen und die Vielfalt der Themen, mit denen sich der LBV beschäftigt, widerspiegeln.

1.6 Nationale Arbeitsgruppen / Mitgliedschaften

Auf nationaler Ebene engagierte sich der LBV in zahlreichen externen Arbeitsgruppen und Kommissionen.

1.7 Internationale Arbeitsgruppen / Mitgliedschaften

Auch im vergangenen Jahr konnten die Mitglieder der Geschäftsstelle wiederum in mehreren Arbeitsgruppen und Kommissionen der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) Einsitz nehmen. Speziell erwähnenswert sind dabei die Kommission für Sicherheit (KOSI), die Gemischte Kommission für Sicherheit (GEMKO), die Kommission für Recht und Compliance (KOREKO), die Bildungskommission (BIKO) sowie die Arbeitsgruppen Zahlungsverkehr und Anlegerschutz.

Daneben war der LBV auch in diversen «Committees» und «Working Groups» des Europäischen Bankenverbandes (EBF) aktiv tätig. Dazu gehörten namentlich das Board, das Executive Committee, das Payments Systems Committee, das Legal Committee, das Financial Markets Committee, das Fiscal Committee, das Anti-Money Laundering & Anti-Fraud Committee, das Retail Committee und das Banking Supervision Committee sowie die Working Group on Automatic Exchange of Information (AEOI), Cyber Security und Physical Security.

Der LBV ist seit 2010 Mitglied beim European Payments Council (EPC). Zudem ist der LBV auch Mitglied beim Swiss Payments Council.

Seit dem 1. September 2014 ist der LBV zudem Mitglied des European Parliamentary Financial Services Forum (EPFSF). Das EPFSF fördert den Dialog zwischen dem Europäischen Parlament und der Finanzdienstleistungsbranche und bietet ein Forum für offene und informelle Gespräche über politische Themen. Liechtenstein ist zwar EWR-Mitglied und damit verpflichtet, sämtliche EU-Rechtsakte im Finanzbereich zu übernehmen, ein institutionalisiertes Mitspracherecht innerhalb der EU hat das Land aber de facto nicht. Mit dem Beitritt in dieses wichtige politische Forum kann sich der Bankenverband als einer der führenden Branchenverbände in Liechtenstein künftig noch stärker in die politische Debatte auf europäischer Ebene einbringen.

Seit Juli 2010 ist die Einlagensicherungs- und Anlegerschutzstiftung des LBV (EAS) Vollmitglied in den beiden internationalen Verbänden für Einlagensicherungssysteme, der International Association of Deposit Insurers (IADI) und des European Forum of Deposit Insurers (EFDI). Durch diese Mitgliedschaften kann sich Liechtenstein vermehrt aktiv an der Diskussion um die Weiterentwicklung der europäischen und internationalen Standards im Bereich des Einlagensicherungs- und des Anlegerschutzes und in relevanten Stabilitätsthemen einbringen und die Notwendigkeit der Kleinststaatenverträglichkeit von neuen Regeln in diesem Bereich adressieren.

Neben dem EFDI-Jahrestreffen nahm der LBV im Jahr 2014 auch an zwei Zusammenkünften der 5-Länder-Gruppe der deutschsprachigen Einlagensicherungseinrichtungen teil. Die EAS übernahm dabei die Organisation des zweiten Treffens, das am 21. März 2014 in Liechtenstein durchgeführt wurde. Das dritte Treffen fand am 11./12. November 2014 in Berlin statt.

2. Rückblick auf das Jahr 2014

2.1 Generell

Der liechtensteinische Bankenplatz blickt auf ein sehr anspruchsvolles Jahr zurück. Berücksichtigt man das sehr herausfordernde Umfeld, kann dennoch eine durchaus positive Bilanz gezogen werden. Trotz schwieriger Ausgangslage haben sich die Banken auch im vergangenen Jahr gut behaupten können. Sie sind im europäischen sowie im internationalen Vergleich sehr stabil und stehen auf einem soliden Fundament. Nichtsdestotrotz dauert der tiefgreifende Transformationsprozess am Finanzplatz Liechtenstein weiter an. Auch im internationalen Wettbewerbsumfeld hat sich die Situation in den vergangenen Jahren verschärft. Die Steuerdiskussion, die Schuldenkrise der europäischen Länder und die damit zusammenhängende Euro-Schwäche resp. die Franken-Stärke sowie die Zinsentwicklung bestimmten die Rahmenbedingungen auch im Jahr 2014. Immerhin zeichnet sich dank der verschiedenen politischen Interventionen, der Stabilisierungsmassnahmen der Schweizerischen Nationalbank und der diversen verabschiedeten Rettungspakete für vereinzelte EU-Länder und des EU-Rettungsschirms eine langsame Erholung und Stabilisierung ab.

Der LBV hat sich in diesem schwierigen Umfeld als wichtiger und verlässlicher Partner für die Regierung und den Landtag positionieren können. Gleichzeitig konnte er mit den diversen Initiativen und Massnahmen auf Selbstregulierungsebene sowie der klaren proaktiven Strategie in Steuerfragen eine Vorreiter- und Vorbildrolle am Finanzplatz einnehmen und damit der Steuerkonformitätsstrategie des Landes Rückhalt geben. Der LBV kann für sich beanspruchen, die heutige Reputation des Landes und die durchwegs positive Wahrnehmung in den internationalen Gremien massgebend mit zu beeinflussen.

Thematisch standen für den LBV auch im vergangenen Jahr die internationale Kooperation in Steuerangelegenheiten, die Entwicklungen rund um die OECD-Standards zum Automatischen Informationsaustausch sowie die Stabilität des Finanzplatzes im Zentrum. Zugleich prägten zahlreiche weitere Themen wie die Neupositionierung des Finanzplatzes generell und des Fondsplatzes im Speziellen, die Publikation der revidierten FATF-Empfehlungen sowie die Revision der 3. EU-Geldwäscherei-Richtlinie, die internationale Einbindung und Mitwirkung, FATCA, European Market Infrastructure Regulation (EMIR), SEPA-End-Date, Cross Border-Banking, MiFID II, die CRD IV-Umsetzung sowie Fragen rund um die Aus- und Weiterbildung am Finanzplatz und die Qualitätssicherung die Agenda.

Die 2011 verabschiedete Roadmap 2015 mit mehr als 30 darin verankerten Handlungsfeldern erwies sich dabei als wichtige Richtschnur, um auf das veränderte Umfeld angemessen und effizient zu reagieren und gleichzeitig längerfristig zielorientiert den Finanzplatz weiterzuentwickeln.

2.2 Schwerpunktthemen des Jahres 2014

2.2.1 Strategie

Mit der Roadmap 2015, die Anfang 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, hat sich der LBV eine ganzheitliche und zukunftsgerichtete Strategie jenseits der Steuerr Diskussion gegeben, die auf den Parametern Qualität, Stabilität und Nachhaltigkeit aufbaut. Der Strategie liegt die Vision des Platzes zugrunde, als angesehener, nachhaltig agierender und stabiler Finanzplatz im Herzen Europas wahrgenommen zu werden, welcher sich durch eine hohe Innovationsfähigkeit und Effizienz sowie eine ausgewiesene Kompetenz im Bereich Wealth Management auszeichnet und dadurch in der Lage ist, für eine anspruchsvolle nationale und internationale Kundschaft massgeschneiderte Produkte und Spitzendienstleistungen anzubieten.

In der Zwischenzeit konnte ein Grossteil der definierten Handlungsfelder umgesetzt werden. So konnte u. a. zwecks frühzeitiger Identifikation von Chancen und Risiken sowie neuen Geschäftsfeldern und zur Umsetzung von möglichen Innovationen die internen Prozesse beim LBV weiter institutionalisiert und professionalisiert werden. Neben der Umsetzung von vereinzelt Massnahmen auf Ebene Bankenplatz lag zudem ein wesentlicher Fokus darauf, gemeinsam mit der Regierung und den anderen Finanzplatzverbänden das Profil des Finanzplatzes weiter zu schärfen. So konnte unter der Federführung des LBV mit www.finance.li eine gemeinsame Webplattform realisiert werden, welche einen informativen Gesamtüberblick über den gesamten Finanzplatz Liechtenstein gibt. Mit ähnlichen Projekten und der konsequenten Umsetzung der anderen Arbeitspakete aus der integrierten Finanzplatzstrategie soll sichergestellt werden, dass Liechtenstein auch weiterhin ein attraktiver Standort sein wird und seinen Kunden eine langfristige Perspektive in einem vom Wandel geprägten Umfeld geben kann.

2.2.2 Bankenbarometer Liechtenstein 2020

Um die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen und Potentiale zu erkennen, hat die Geschäftsstelle erstmals eine Umfrage «Bankenbarometer Liechtenstein 2020» durchgeführt. An der Umfrage haben sich alle Mitgliedsbanken beteiligt. Die Umfrage hat gezeigt, dass die liechtensteinischen Banken trotz schwieriger Rahmenbedingungen optimistisch in die Zukunft blicken. Die Auswertung der Umfrage fliesst nun in die Roadmap 2020 des LBV – die Fortsetzung der im 2011 lancierten Roadmap 2015

– ein. Auszüge aus der Auswertung wurden in dem Beitrag «Bankenbarometer Liechtenstein 2020» im Bankenmagazin (Ausgabe 33) bereits veröffentlicht.

2.2.3 Public Affairs/Internationale Beziehungen

Aus der Überzeugung heraus, dass es als kleiner Finanzplatz inmitten Europas umso wichtiger ist, die Aufklärungsarbeit und Beziehungspflege zugunsten der Reputation des Finanzplatzes im In- und Ausland permanent weiterzuführen, haben sich die Banken und der LBV als deren Interessenvertreter auch dieses Jahr wieder intensiv um den Ausbau der nationalen und der internationalen, insbesondere der europäischen Beziehungen bemüht. Durch zahlreiche Massnahmen und Veranstaltungen konnte der Dialog weiter gefestigt werden. Einerseits wurden die Kontakte zu Entscheidungsträgern und Meinungsmachern der Nachbarländer Schweiz, Deutschland und Österreich weiter ausgebaut und vertieft, andererseits wurde auch die Beziehungspflege in Brüssel und bei zentralen Gremien wie OECD und FATF weiter intensiviert. Massgabe hierfür waren die im 2013 verabschiedeten Leitprinzipien sowie das Leitbild, welches das Selbstverständnis des LBV als Stimme der Banken in Liechtenstein und als Bindeglied zwischen Banken, Politik, Verwaltung, Verbrauchern und Wirtschaft definiert. Darüber hinaus legte der LBV auch Leitlinien für die Informationsarbeit und Beziehungspflege im In- und Ausland fest. Der LBV sieht sich diesbezüglich vor allem als Sachverständiger und wird konsequent über die Entwicklungen am Finanzplatz vor allem im Ausland informieren, dies stets unter den Prinzipien der Transparenz, Offenheit, Sachlichkeit und Verlässlichkeit. Als Zeichen nach aussen hat sich der LBV im 2013 unter anderem in das Transparenzregister der EU eingetragen. Zwecks Intensivierung der Public Affairs-Arbeit auf EU-Ebene ist der LBV darüber hinaus Mitglied des European Parliamentary Financial Services Forum (EPFSF) geworden. Mit dem Beitritt in dieses wichtige politische Forum kann sich der LBV als einer der führenden Branchenverbände in Liechtenstein künftig noch stärker in die politische Debatte auf europäischer Ebene einbringen.

Insgesamt hat der LBV im vergangenen Jahr weit mehr als 130 Politiker aller Parteien und Meinungsführer aus den Nachbarländern getroffen und mit diversen Medienschaffenden Interviews und Hintergrundgespräche zum Finanzplatz geführt. Bei all diesen Gesprächen ist dem LBV stets zu Gute gekommen, dass er auf die seit Jahren verfolgte Strategie des Dialogs im angrenzenden Ausland und in Brüssel zurückgreifen und aufbauen kann. Dem LBV ist es in den vergangenen Jahren gelungen, ein glaubwürdiger Ansprechpartner für Politik, Behörden, Wirtschaft und Medien im In- und Ausland zu sein. Das redliche Bemühen und die glaubwürdige Umsetzung der Reformen wird wahrgenommen

und auch geschätzt. Dies ist nicht zuletzt auf die bisherige intensive Informations- und Netzwerkpolitik des LBV zurückzuführen. Die Medienvertreter haben beim LBV einen Ansprechpartner gefunden, der kompetent, zügig und unbürokratisch für Anfragen zur Verfügung steht. Sodann zeigen die Gespräche ein klares Bild: Seit Ausbruch der weltweiten Finanzkrise hat sich das Gewicht der politischen Themen verschoben; die grossen Herausforderungen im Zusammenhang mit Staatsschulden, Rettungsschirm etc. haben andere Prioritäten geschaffen. Zum einen ist Liechtenstein auf politischer Ebene in den Hintergrund gerückt, zum anderen haben andere Fragen wie diejenige der Standortattraktivität und der USPs an Bedeutung gewonnen.

2.2.4 Kooperation in Steuersachen

Das Thema Steuerkooperation ist zwar nur eines unter vielen. Nach wie vor kommt ihm jedoch ein grosser Stellenwert zu. Mittlerweile konnte Liechtenstein seit der Liechtenstein Deklaration im März 2009 knapp 40 OECD-konforme Abkommen über den steuerlichen Informationsaustausch abschliessen. Dazu zählen diverse TIEA mit grossen und bedeutenden Ländern wie z. B. den USA, Deutschland, Kanada, Japan, Indien, Frankreich, Niederlande, den Nordischen Staaten sowie Australien. Daneben konnten zahlreiche Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen werden.

Mit dem Abschluss der beiden wichtigen Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland und Grossbritannien verfügt Liechtenstein nunmehr per Ende 2014 über insgesamt 14 Doppelbesteuerungsabkommen.

Für Liechtenstein haben gerade die Abkommen, die mit grossen Staaten wie den USA, Grossbritannien, Deutschland und Frankreich abgeschlossen wurden, eine positive Wirkung, was Glaubwürdigkeit und Reputationsgewinn betrifft. Mit den Abkommen wurden klare Rechtsgrundlagen geschaffen, die dem Banken- und Finanzplatz, der gesamten Wirtschaft und deren Kunden und Partnern Rechtssicherheit geben. Darüber hinaus stellen v. a. die beiden DBA mit Deutschland und Grossbritannien zwei wichtige Abkommen mit bedeutenden EU-, OECD- und G20-Staaten dar. Aus liechtensteinischer Sicht kommt ihnen eine wichtige Signalwirkung für andere grössere Länder zu.

Zudem hat Liechtenstein mit dem Abkommen mit Grossbritannien nachhaltig unter Beweis gestellt, dass es aktiv und auf rechtsstaatlicher Basis nach Lösungen für die Kunden am Finanzplatz auf dem Weg in die Steuerkonformität sucht. Mit Österreich konnte Anfang 2013 zudem ein weiteres Abkommen nach dem Abgeltungssteuermodell verhandelt werden, das sowohl die Besteuerung und Regularisierung der Vergangenheit als auch die

künftige, ordentliche Besteuerung sicherstellt. Mit diesem Abkommen präsentiert Liechtenstein nebst dem Abkommen mit Grossbritannien ein weiteres Modell, welches eine Regularisierung ermöglicht und gleichzeitig die berechtigten Steueransprüche des Partnerlandes sicherstellt.

Für die Umsetzung beider Abkommen wurden denn auch beim LBV eigene Arbeitsgruppen eingesetzt, mit dem Ziel, Antworten und Lösungen für die praktischen Fragen sowie Mustervorlagen für den gesamten Platz zu erarbeiten. Das Abgeltungssteuerabkommen mit Österreich wurde im September 2013 vom liechtensteinischen Landtag gutgeheissen, das entsprechende Umsetzungsgesetz in der Sitzung vom November 2013. Beide sind am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

Bereits im November 2013 hat die Regierung ihr Bekenntnis zu den OECD-Standards zur steuerlichen Zusammenarbeit im Rahmen einer Regierungserklärung erneut bekräftigt und die Multilaterale Amtshilfekonvention der OECD und des Europarats unterzeichnet. Gleichzeitig hat die Regierung damals das Angebot ausgesprochen, sich aktiv auf Ebene der OECD und des Global Forums an der Entwicklung eines internationalen Standards zum Informationsaustausch zu beteiligen. Die Regierung hat ihre Bereitschaft signalisiert, bilaterale Vereinbarungen zum automatischen Austausch von Steuerinformationen auf Basis des zukünftigen OECD-Standards und unter Beachtung der jeweiligen berechtigten Interessen abzuschliessen. Nur wenige Tage nach der Regierungserklärung hat sich Liechtenstein zudem im Rahmen eines Joint-Statements zusammen mit 40 weiteren Ländern dem EU-G5-Projekt zur Umsetzung der OECD-Standards betreffend den Automatischen Informationsaustausch angeschlossen.

Anlässlich des Global Forum-Treffens in Berlin am 29. Oktober 2014 haben schliesslich mehr als 50 Länder, darunter auch Liechtenstein, mit der Unterzeichnung eines multilateralen Rahmenwerkes ein entsprechendes, klares politisches Bekenntnis zur Einführung des AIA abgegeben. Seither sind weitere Länder dazugekommen, sodass die Zahl der Länder, die den AIA einführen werden, mittlerweile auf über 100 geht. Liechtenstein wird damit eines derjenigen Länder sein, welche im 2017, bezogen auf das Steuerjahr beginnend ab 1. Januar 2016, erstmals automatisch Steuerdaten liefern wird.

Mit all diesen Massnahmen hat die Regierung wichtige Meilensteine für die künftige Entwicklung des Finanzplatzes gelegt. Das durchwegs positive Echo insbesondere auch von unseren internationalen Gesprächspartnern unterstreicht, dass es die richtigen Schritte waren, die Liechtenstein damit gesetzt hat.

Liechtenstein wird heute mehr denn je als glaubwürdiger und verlässlicher Partner wahrgenommen. Zudem hat sich Liechtenstein mit dem Bekenntnis zum Automatischen Informationsaustausch als zukünftigen Standard in die Lage versetzt, den künftigen Steuerdialog mit den Partnerländern aktiv mitzugestalten. Im Zentrum der künftigen Abkommensstrategie stehen denn auch konsequenter- und richtigerweise v. a. der Abschluss von weiteren Doppelbesteuerungsabkommen hin zu einem DBA-Netzwerk. Geplant sind Verhandlungen über rund 20 neue Doppelbesteuerungsabkommen. Bei den Ländern, mit denen Verhandlungen geführt werden sollen, handelt es sich um wichtige Handelspartner sowie um Partner- und Wachstumsländer, die in Zukunft eine hohe Bedeutung für Liechtenstein haben werden.

Der LBV ist davon überzeugt, dass dieser Weg der internationalen Kooperation Liechtensteins der richtige Weg ist und unterstützt diesen voll und ganz. Mit dem Automatischen Informationsaustausch hat sich der LBV ebenfalls schon sehr frühzeitig auseinandergesetzt und eine entsprechende spezifische Arbeitsgruppe eingesetzt. Das Ziel der Arbeitsgruppe ist darauf ausgerichtet, einerseits der Regierung und der Steuerverwaltung bei der regulatorischen Umsetzung unterstützend mit der nötigen Fachexpertise zur Verfügung zu stehen sowie andererseits Umsetzungshilfen für alle Banken am Platz auszuarbeiten. Im Vorfeld zum Global Forum-Treffen in Berlin im Oktober hat denn die LBV-Arbeitsgruppe ein Factsheet zum Automatischen Informationsaustausch ausgearbeitet, welches den Banken, deren Kunden aber auch den Medien als Erstinformation dienen soll.

2.2.5 FATCA & Intergovernmental Agreement (IGA)

Nachdem die US-Steuerbehörde (IRS) im Januar 2013 die finalen Ausführungsbestimmungen (final regulations) des Foreign Account Tax Compliance Acts (FATCA) veröffentlichte, wurden unter der Führung der USA und den fünf grössten EU-Ländern (Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Grossbritannien) zwischenstaatliche Informationsaustauschabkommen zur vereinfachten Umsetzung von FATCA entwickelt, sog. Intergovernmental Agreements (IGAs). Mittlerweile haben über 100 Länder solche IGAs mit den USA abgeschlossen. Die Ausführungsbestimmungen sind am 1. Juli 2014 in Kraft getreten und sind schrittweise einzuhalten.

Liechtenstein hat am 16. Mai 2014 ein sog. Modell 1-Abkommen mit den USA unterzeichnet und mit Landtagsbeschluss vom 2. Oktober 2014 ratifiziert. Es enthält zahlreiche bilaterale Erleichterungen gegenüber den ursprünglichen FATCA-Vorschriften. Der LBV war im Rahmen einer Arbeitsgruppe unter der Leitung der SIFA eng in die Ausarbeitung des Abkommenstextes eingebunden.

Darauffolgend wurde unter der Leitung der liechtensteinischen Steuerverwaltung als zuständige Behörde das FATCA-Umsetzungsgesetz erarbeitet. Auch hier war der LBV im Rahmen einer Arbeitsgruppe eingebunden. Zudem hat der LBV am 6. August 2014 eine ausführliche Stellungnahme zum Gesetzesentwurf eingereicht. Das FATCA-Umsetzungsgesetz sowie das IGA und das TIEA-Abänderungsprotokoll wurden am 21. Januar 2015 in Kraft gesetzt. Weiters ist geplant, die für die Praxis relevanten Punkte mittels Herausgabe eines Q&As zu regeln. Eine erste Version wurde am 11. Dezember 2014 von der Steuerverwaltung publiziert.

Mit Unterstützung der LBV-Arbeitsgruppe wurde den Mitgliedern ein Musterformular zur Dokumentation von juristischen Personen zur Verfügung gestellt. Die Steuerverwaltung stimmte dem Musterformular mit Bestätigungsschreiben vom 5. November 2014 zu (Ruling). Das Musterformular wird in der Arbeitsgruppe laufend auf Verbesserungspotential analysiert und angepasst. Weitere unterstützende Massnahmen zur Erfüllung der FATCA-Pflichten werden in Abstimmung mit der Arbeitsgruppe geplant.

2.2.6 Italien

Nach mehrmonatigen Verhandlungen haben Liechtenstein und Italien am 10. Februar 2015 die Verhandlungen zu einem Steuerinformationsabkommen (TIEA) sowie einem Zusatzprotokoll abgeschlossen und weitere Schritte der steuerlichen Zusammenarbeit festgelegt. Der LBV hat die erzielte Einigung ausdrücklich begrüsst. Italienische Kunden liechtensteinischer Finanzintermediäre können infolge des Abkommens von den bestmöglichen Konditionen des neuen und voraussichtlich bis Ende September 2015 laufenden italienischen Offenlegungsprogrammes für eine allfällige Bereinigung ihrer Steuersituation profitieren. Mit Inkrafttreten des Abkommens hat Liechtenstein zudem keine Ungleichbehandlungen mehr in Bezug auf die Fondsbesteuerung sowie die italienischen Finanztransaktionssteuer zu gewärtigen. Die getroffene Vereinbarung bietet sowohl den Kunden als auch den liechtensteinischen Finanzintermediären Rechts- sowie Planungssicherheit und unterstreicht die Steuerkonformitätsstrategie sowie die Glaubwürdigkeit des von Liechtenstein eingeschlagenen Weges. Im Rahmen einer spezifischen adhoc Arbeitsgruppe hat der LBV für all seine Mitglieder verschiedene Musterdokumente, ein Factsheet sowie ein Q&A zum Abkommenspaket und dem Offenlegungsprogramm erarbeitet und zur Verfügung gestellt.

2.2.7 Finanzplatzstabilität

Das Vertrauen der Kunden sowie der Schutz von Kundenvermögen geniessen seit jeher höchste Priorität in Liechtenstein. Deshalb legen die liechtensteinischen Banken grossen Wert auf eine so-

lide und hochwertige Eigenmittelausstattung. Die liechtensteinschen Banken gehören mit einer durchschnittlichen Kernkapitalquote von rund 19% zu den am besten kapitalisierten Banken Europas und erfüllen die Kapitalanforderungen nach Basel III bereits heute. Neben der Einlagensicherung spielt auch die Finanzplatzstabilität eine wichtige Rolle im Gesamtdispositiv zum Schutz des Kundenvermögens in Liechtenstein. Dabei kommt dem Finanzplatz zu Gute, dass das AAA-Länderrating mit stabilem Ausblick auch im März 2015 von Standard & Poors wiederum bestätigt wurde. Zugleich verbleibt der liechtensteinsche Bankenplatz in der Gruppe 2 des Banking Industry Country Risk Assessment (BICRA) von Standard & Poors.

Als Kernelement der neuen stabilitätsfördernden Regulierungen wurde das CRD IV-Paket (EU-Regulierung zur Umsetzung des Basel III-Regelwerks und weiterer Massnahmen) frühzeitig in nationales Recht übernommen und per 1. Februar 2015 in Kraft gesetzt. Damit zusammenhängend wurde erstmals eine EU-Verordnung (CRR), welche die ERV vollständig ersetzt, in Liechtenstein als direkt anwendbar erklärt. Zudem hat sich die Branche mit der FMA geeinigt, dass die neu einzuhaltenden Kapitalpuffer sofort per Datum des Inkrafttretens gelten sollen. Der LBV hat zur Abänderung des BankG sowie der BankV neben umfangreichen Abklärungen und vorbereitenden Massnahmen (Informationsanlass vom 21. Februar 2014) zwei ausführliche Stellungnahmen verfasst. Für die Bearbeitung weiterer Kernaspekte des Regulierungspakets wie die neuen Liquiditätsanforderungen (LCR), die zusätzliche Einschränkungen in der Vergütungspolitik sowie das neue aufsichtsrechtliche Meldewesen wurden neue Arbeitsgruppen eingesetzt. Das Projekt zur Überführung des aufsichtsrechtlichen Meldewesens auf die neuen EU-Vorgaben wurde in Abstimmung mit der FMA und Bearing-Point (Softwareprovider) anlässlich des FiRE-Seminars bei der LGT in Barendorn im September 2014 vorgestellt.

In Zusammenhang mit der Einschränkung des «Too-Big-To-Fail»-Risikos wurde in Liechtenstein das Ziel definiert, vorderhand präventive Massnahmen zu treffen und umzusetzen. So wurden innerhalb des FMA-Projekts Finanzstabilität die drei grossen Banken LGT, LLB und VP Bank als systemrelevant für den Finanzplatz Liechtenstein eingestuft. Als wesentliche zusätzliche Massnahme mit Präventivwirkung wurde neben den zusätzlich vorzuhaltenden Kapitalpuffern vereinbart, dass die drei involvierten Banken erstmalig und freiwillig im Jahr 2014 Sanierungspläne (Recoverypläne) gemäss den EBA-Vorgaben erstellen und der FMA zur Einsicht einreichen. Darauf basierend sollen die Sanierungspläne nach den künftigen EU-Vorgaben laufend weiterentwickelt und verbessert werden.

Als weiteres Kernelement der Stabilität plant Liechtenstein, die EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Banken (BRRD) ebenfalls frühzeitig in das nationale Recht zu überführen. Die Arbeiten für den Gesetzesentwurf haben bereits im Herbst 2014 begonnen. Der LBV sowie Vertreter der drei Grossbanken wurden für die Workshops zur Erarbeitung des Vernehmlassungsberichts beigezogen. Mit einer Inkraftsetzung ist frühestens im ersten Quartal 2016 zu rechnen. Gleichzeitig soll das Bankenkonzernrecht ergänzt und modernisiert werden. Mit der Einführung des neuen Stabilitätsgesetzes werden insbesondere die zusätzlichen Mindestanforderungen an vorzuhaltenden Eigen- und Fremdkapitalelemente als Vorbereitungsmassnahme für den Bailin (Umwandlung von Fremd- in Eigenkapital) sowie die Finanzierung des Abwicklungsfonds von Bedeutung sein.

Zugleich arbeitete der LBV auch im Jahr 2014 an der Weiterentwicklung des Einlagensicherungssystems, welches den gegebenen Veränderungen der internationalen Regulierung und gleichzeitig den nationalen Gegebenheiten Rechnung tragen soll. So hat die EU die neue Einlagensicherungsrichtlinie im Sommer 2014 in Kraft gesetzt, welche ab Juli 2015 von den EU-Mitgliedsstaaten umzusetzen ist. Kernelemente der neuen Richtlinie sind die zwingende Vorfinanzierung des Haftungssubstrats sowie die Reduzierung der Auszahlungsfrist von 20 auf sieben Tage. Dem LBV als zuständiges EAS-Sekretariat stehen hierfür die internationalen Mitgliedschaften bei EFDI und IADI sowie insbesondere die regelmässigen Treffen mit den deutschsprachigen Einlagensicherungen als unverzichtbare Informationsquellen und Beispiele zur Verfügung.

Planmässig mit Eintrag in das liechtensteinische Handelsregister konnte die neue Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungseinrichtung (EAS) per 1. April 2015 ihre Tätigkeit in der Form einer segmentierten Verbandsperson und als kombinierte Sicherungseinrichtung für Einlagen und Anleger für den gesamten Finanzplatz aufnehmen. Seither ist sie in der Lage, ihre Dienstleistungen einem breiteren Kreis von Finanzdienstleistern anzubieten. Ein Anschluss bedingt den Abschluss eines separaten Teilnahmevertrages mit der EAS. Gleichzeitig erfolgte eine finanzielle und kommunikative Verselbständigung der EAS als die Sicherungseinrichtung in Liechtenstein.

Mit den beschriebenen Massnahmen hat der LBV erneut einen wesentlichen Beitrag zur langfristigen Sicherung der Stabilität auf dem gesamten Finanzplatz und zur Förderung des Vertrauens der Ein- und Anleger in Banken und andere Finanzdienstleister geleistet.

2.2.8 Europäische Aufsichtsstrukturen

Am 14. Oktober 2014 hat sich die EU im Rahmen des ECOFIN-Treffens in Luxemburg mit den EWR-/EFTA-Staaten, nach intensiven Diskussionen und Dank der Kompromissbereitschaft beider Seiten, auf eine Lösung zur Übernahme der Verordnungen betreffend die europäischen Aufsichtsbehörden geeinigt. Die Lösung basiert auf der sogenannten «Zwei-Pfeiler-Struktur» des EWR-Abkommens. Damit wurde auf politischer Ebene die Grundlage für eine zügige Übernahme der hängigen EU-Rechtsakte im Finanzdienstleistungsbereich geschaffen und der Zugang zum EU-Binnenmarkt für die Finanzdienstleister aus den drei EWR-/EFTA-Ländern Norwegen, Island und Liechtenstein auch langfristig sichergestellt.

2.2.9 Issue-Monitoring

Um die Verwaltung und Überwachung der zahlreichen Entwicklungen zu vereinfachen und die vorhandenen Informationen noch besser nutzbar zu machen, hat die Geschäftsstelle ein Konzept zum Ausbau des bestehenden Issue-Monitorings ausgearbeitet und basierend darauf eigens eine Datenbank entwickelt. Mit Hilfe der Datenbank ist es möglich, automatisiert vordefinierte Berichte zu erzeugen.

Künftig wird die Geschäftsstelle damit in der Lage sein, den Mitgliedern und Passivmitgliedern des LBV vierteljährlich zusätzlich einen Bericht zur Verfügung zu stellen, der die wichtigsten Entwicklungen, deren wesentliche Kerninhalte, die damit verbundenen Chancen und Risiken sowie den aktuellen Stand der entsprechenden Regulierung darstellt.

2.2.10 Beschränkungen im grenzüberschreitenden Geschäft

Zwecks Erstellung einer Übersicht über die Beschränkungen der Liechtensteiner Finanzplatzakteure im grenzüberschreitenden Dienstleistungsgeschäft hat die Regierung eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Arbeitsgruppe, in welcher der LBV vertreten ist, hat einen entsprechenden Bericht zuhanden des Ministeriums für Präsidiales und Finanzen verabschiedet. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe erhielten daraufhin die Gelegenheit, ihre Prioritäten bezüglich der Beseitigung der Beschränkungen zu nennen. Die Geschäftsstelle hat zu diesem Zweck eine verbandsinterne Konsultation durchgeführt und dem Ministerium das Ergebnis schriftlich mitgeteilt, welches der LBV-Position weitestgehend gefolgt ist und die Beschränkungen zwecks Beseitigung an die zuständigen Behörden zugewiesen hat.

2.2.11 SEPA End-Date

Die unter dem Namen SEPA End-Date bekannte Verordnung (EU) Nr. 260/2012 wurde im Laufe des Jahres 2014 in das EWR-

Abkommen übernommen. Damit sind die Bestimmungen in Liechtenstein direkt anwendbar. Eine nationale Umsetzung hat sich daher erübrigt. Die zentralen Bestimmungen (Erreichbarkeit, IBAN, XML-Format) werden in den EWR-Ländern, die nicht zur Euro-Währungsunion zählen, am 31. Oktober 2016 wirksam. Im Rahmen der Anpassung des Zahlungsdienstegesetzes (ZDG) wurden lediglich die zwingend verlangten Durchführungsbestimmungen (Benennung der zuständigen Behörde, Festlegung von Sanktionen sowie die Schaffung von aussergerichtlichen Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren) in nationalem Recht erlassen. Der LBV hat sich eingehend an der Vernehmlassung betreffend die Abänderung des ZDG beteiligt.

Abgesehen davon hat die Geschäftsstelle unter Einbezug der Arbeitsgruppe «SEPA End-Date» einen Massnahmenplan zur rechtzeitigen Erfüllung der neuen Anforderungen entwickelt. Um offene Fragen betreffend die Umsetzung zu diskutieren, organisierte die Geschäftsstelle am 1. April 2015 einen Roundtable mit Vertretern der Swiss Euro Clearing Bank, zu dem die Mitglieder der Arbeitsgruppe als auch die Kontaktpersonen PSD eingeladen waren. Schliesslich erstellte die Geschäftsstelle zusammen mit der Arbeitsgruppe eine Auslegeordnung bezüglich der Erreichbarkeit und das Angebot von SEPA-Lastschriften.

2.2.12 Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers

In Anlehnung an die FATF-Empfehlungen zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sieht die Verordnung (EG) Nr. 1781/2006 über die Übermittlung von Angaben zum Auftraggeber bei Geldtransfers vor, dass der vollständige Auftraggeberdatensatz (Name, Adresse und Kontonummer) übermittelt wird. Für Geldtransfers innerhalb des EWR ist indes die Kontonummer oder eine kundenbezogene Identifikationsnummer ausreichend.

Aufgrund der überarbeiteten FATF-Empfehlungen hat die EU-Kommission einen Vorschlag, für eine Nachfolgeverordnung verabschiedet, welche die vorgenannte Verordnung ersetzen wird und den Gesetzgebungsprozess in der EU faktisch durchlaufen hat. Die Geschäftsstelle hat der Stabsstelle EWR eine gesonderte Analyse zur Nachfolgeverordnung zukommen lassen.

2.2.13 EMIR

Die Arbeitsgruppe «EMIR» beschäftigte sich im Jahr 2014 im Wesentlichen mit zwei Fragen aufsichtsrechtlicher Natur:

1. Wer ist vom Unternehmensbegriff erfasst und fällt damit beim Abschluss von Derivatekontrakten unter den Anwendungsbereich von EMIR?

2. Benötigen alle juristischen Personen, die Derivatekontrakte abschliessen, einen Legal Entity Identifier (LEI) oder nur jene, die vom Unternehmensbegriff erfasst sich.

Die Geschäftsstelle hat diese Fragen unter anderem auch mit der Liechtensteinischen Finanzmarktaufsicht (FMA) aufgenommen.

Um die Einhaltung der neuen Anforderungen nach EMIR auch im Rahmen eines Vermögensverwaltungsmandates gewährleisten zu können, erstellte die Kern-Arbeitsgruppe zudem einen EMIR-Anhang zum Vermögensverwaltungsvertrag. Ferner hat die Geschäftsstelle die Arbeitsgruppe laufend über aktuelle Entwicklungen zu EMIR in der EU informiert. Dazu fanden mehrere Sitzungen der Kern- und der Gesamtarbeitsgruppe statt.

2.2.14 Close-Out Netting

Banken müssen unbesicherte Kreditrisiken von Derivaten mit entsprechend Eigenkapital unterlegen. Für Nettingfähige Derivateportfolios richten sich die Eigenkapitalanforderungen nach der Netto- anstelle der Brutto-Forderungen (sog. Close-Out Netting). Aufgrund der verschärften Eigenmittelanforderungen nach CRD IV hat die Bedeutung des Close-Out Nettings zugenommen. Die Banken müssen jedoch in Form von Rechtsgutachten nachweisen, dass die Close-Out Netting-Bestimmungen in den Rahmenverträgen in den Ländern der jeweiligen Gegenparteien insolvenzbeständig sind. Zu diesem Zweck organisierte der LBV am 21. Oktober 2014 einen Workshop zur Insolvenzbeständigkeit der Close-Out Netting-Bestimmungen des Master Agreement (Rahmenvertrag) der International Swaps and Derivatives Association (ISDA) in Liechtenstein, unter Beteiligung der Liechtensteinischen Finanzmarktaufsicht (FMA), ausgewählten Liechtensteiner Anwaltskanzleien sowie Bankenvertretern. Die Teilnehmer teilten die Auffassung, dass die Rechtslage in Liechtenstein ein Close-Out Netting zulässt. Auch fanden zwei Treffen mit der ISDA in Liechtenstein und Zürich statt.

2.2.15 CSDR

Die Verordnung (EU) Nr. 909/2014 zur Verbesserung der Wertpapierlieferungen und -abrechnungen in der Europäischen Union und über Zentralverwahrer sowie zur Änderung der Richtlinien 98/26/EG und 2014/65/EU und der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 (CSDR) wurde am 23. Juli 2014 im Amtsblatt der EU publiziert. Darin ist auch geregelt, welche Anforderungen Zentralverwahrer in einem Drittland erfüllen müssen, um Kerndienstleistungen für Wertpapiere, die dem Recht eines Mitgliedsstaates unterliegen, erbringen zu dürfen. Zu den wesentlichen Anforderungen gehört, dass die EU-Kommission die Gleichwertigkeit des Rechtsrahmens in dem betreffenden Drittland durch einen Durchführungsbeschluss bestätigt und

dass der betreffende Drittland-Zentralverwahrer direkt bei der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) einen Bewilligungsantrag einreicht.

Nach der Übernahme der CSDR in den Anhang des EWR-Abkommens, fallen Wertpapiere, die liechtensteinischem Recht unterliegen, unter diese Regelung, da die Zentralverwahrung und Verbuchung im Effekten giro bei der SIX SIS in der Schweiz erfolgt. Mit dieser stand die Geschäftsstelle denn auch in regem Austausch, ebenso wie mit Vertretern der Banken, der FMA sowie der Stabsstelle EWR (SEWR). Bei dieser Gelegenheit wurde auch eine Stellungnahme zuhanden der SEWR erarbeitet und ein Q&A erstellt.

2.2.16 Projekt zur Erweiterung des Vortatenkatalogs um die Steuerdelikte

Die Regierung hatte bereits 2011 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Umsetzung der neuen FATF-Standards (2012) unter Berücksichtigung der vierten EU-Geldwäscherei-Richtlinie vorbereiten sollte. Schwerpunktmässig wurden die neuen Anforderungen sowie mögliche praktische Auswirkungen bei der späteren Umsetzung analysiert. Auf dieser Basis definierte die Arbeitsgruppe die legislatischen Parameter und zeigte mögliche Lösungsansätze für die regulatorische Umsetzung auf. Die Arbeitsgruppe fasste damals ihre Erkenntnisse in einem Bericht an die Regierung zusammen. Diese Unterarbeitsgruppe ist im Jahr 2014 erheblich erweitert worden. Der LBV hat in beiden Arbeitsgruppen aktiv mitgearbeitet.

2.2.17 Revision des Gesetzes über die Stabsstelle Financial Intelligence Unit (FIUG)

An der ordentlichen Sitzung der Expertengruppe Compliance vom 26. Juni 2014 stellten Vertreter der Stabsstelle Financial Intelligence Unit (SFIU) erstmals die geplanten Anpassungen im FIUG vor. Diese Anpassungen waren notwendig geworden, um insbesondere den Empfehlungen im IWF-Bericht Rechnung zu tragen und das bestehende Recht an die internationalen Standards anzupassen. Schwerpunktmässig beschlagen die Änderungen den Aufgabenbereich und die Kompetenzen der SFIU sowie die Zusammenarbeit der Meldestelle mit in- und ausländischen Behörden. Das offizielle Vernehmlassungsverfahren startete am 10. Dezember 2014 und dauerte bis zum 18. Februar 2015.

2.2.18 Rückfragen von Korrespondenzbanken bei Fremdwährungstransaktionen

Das Korrespondenzbankengeschäft ist eine Standarddienstleistung im globalen Zahlungsverkehr. Aufgrund der besonderen Natur dieses Geschäftes sowie den nur beschränkt verfügbaren Informationen über die Hintergründe einer Transaktion, ist eine

Korrespondenzbank in diesem Bereich besonderen Geldwäschereirisiken ausgesetzt. So hat neben der FATF (Empfehlung Nr. 13, präventive Massnahmen) auch die EU spezifische Regelungen dazu erlassen, um die Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung in diesem Bereich zu verbessern.

Aber auch nationale Regelungen stellen heute höhere Anforderungen an die Sorgfaltspflichten der Banken. Seit 2001 hat bspw. die USA die diesbezüglichen Bestimmungen mehrfach konkretisiert, ausgeweitet und verschärft. Im Herbst 2013 veröffentlichte das Office of the Comptroller of the Currency weitreichende neue Richtlinien, wonach bei Drittbanken in einem dauernden Risikoprozess verschiedenste Aspekte abzuklären sind. So muss letztlich evaluiert werden, ob sich die Drittbank an US-amerikanische und internationale Vorschriften hält.

Um auf die Entwicklungen auf internationaler Ebene angemessen zu reagieren, hat der Vorstand an seiner Sitzung vom 12. März 2014 eine neue LBV-Empfehlung verabschiedet, die Massnahmen in diesem Bereich aufzeigt.

2.2.19 Regulatorische Projekte betreffend den Fondsplatz Liechtenstein

Im Herbst 2013 beauftragte der Steueraussschuss des Projekts Fondsplatz Liechtenstein eine Projektgruppe damit, die Schaffung eines nationalen Spezialfondsgesetzes vertiefter zu prüfen und voranzutreiben. Der LBV hat mit drei Fachspezialisten von Mitgliedsbanken in dieser Projektgruppe Einsitz genommen. In verschiedenen Arbeitssitzungen wurde ein erster Gesetzesentwurf erarbeitet, der anschliessend von externen Experten aus europarechtlicher Sicht gegengeprüft wurde. Im Lichte der Anmerkungen der Experten wurde dieser Entwurf überarbeitet.

Ferner wurden Anpassungen im UCITSG vorgenommen, die mehrheitlich im Zusammenhang mit der Übernahme der UCITS-V-Richtlinie standen. Ebenso ergab sich aufgrund von EU-rechtlichen Entwicklungen ein Anpassungsbedarf beim AIFMG.

2.2.20 Initiierung des Projekts zur Umsetzung der MiFID II-Richtlinie

Nach Verabschiedung der MiFID II-Richtlinie im Europäischen Parlament beauftragte die Regierung die liechtensteinische Finanzmarktaufsicht (FMA), einen Vorschlag für eine Projektstruktur zur nationalen Umsetzung der Richtlinie auszuarbeiten. Die Projektstruktur sieht die Einsetzung eines Steueraussschusses sowie diesem untergeordnete Projektgruppen vor. Ferner sollen im Rahmen von Workshops mit Praxisvertretern die Eckwerte zur Umsetzung festgelegt und damit die Umsetzungsarbeiten vorbereitet werden.

Parallel dazu hat die Geschäftsstelle die LBV-interne Kernarbeitsgruppe, welche bereits zur Umsetzung der Vorgängerrichtlinie (vgl. MiFID I-Richtlinie) eingesetzt worden war, wieder aktiviert. Die Vertreter dieser Arbeitsgruppe haben am ersten Workshop der FMA zur Umsetzung der MiFID II-Richtlinie vom 28. August 2014 teilgenommen. Im Anschluss daran hat die FMA, unter Beizug eines externen Experten sowie auf Basis der definierten Eckwerte für die Umsetzung, begonnen, eine GAP-Analyse und einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten.

2.2.21 ICMA Private Banking Charter of Quality

Am 4. Oktober 2012 hat die International Capital Market Association (ICMA) eine Qualitätscharta für die private Vermögensverwaltung veröffentlicht. Die Qualitätscharta ist die erste Initiative dieser Art, in der sich die Vermögensverwaltungsbranche zusammengeschlossen hat, um sich freiwillig zu international anerkannten Standards hinsichtlich Integrität, Transparenz und Professionalität zu verpflichten. Der LBV hat die Charta am 17. Dezember 2012 stellvertretend und im Namen aller seiner Mitgliedsbanken unterzeichnet. Mit der Unterzeichnung durch den LBV hat sich der Bankenplatz Liechtenstein der Einhaltung der höchsten internationalen Qualitäts- und Professionalitätsstandards verschrieben. Nach der Private Banking Group Luxembourg (PBGL) des Luxemburger Bankenverbandes (ABBL) war der LBV der zweite Verband, der sich zur Einhaltung der ICMA-Standards bekannt hat. Seither arbeitet der LBV aktiv in der Private Banking Group der ICMA mit und richtet sein Tun unter anderem auch nach den in der Charta verankerten Grundsätzen aus. So fusst die im Januar 2015 angepasste Steuerkonformitäts-Richtlinie unter anderem auch auf der ICMA-Qualitätscharta.

2.2.22 LBV Englisch-Sprachtrainings

Im Frühjahr 2014 konnte erneut eine Kursrunde mit Cambridge Diplomkursen aller Leistungsstufen durchgeführt werden. Zudem fand erstmals der Kurs «Business Communication», ein vorwiegend mündlich ausgerichtetes Sprachtraining ab Sprachlevel FCE (First Certificate in English), mit zwei Klassen statt.

Die Kursteilnehmenden des Intensivkurses BEC Vantage haben ihr Examen bereits Ende 2014 erfolgreich abschliessen können, die übrigen Klassen (bis auf den BEC Higher) im Frühjahr/Sommer 2015 mit einer ebenfalls erfreulichen Erfolgsquote von 83 %.

Die ArG Englisch hat auch 2014 ihr Augenmerk vorwiegend auf das Qualitätsmanagement gerichtet und dieses in enger Zusammenarbeit mit dem Sprachanbieter forumB laufend überprüft. Hierzu wurden jeweils die Kursbeurteilungen der Teilnehmenden

sowie die Standortbestimmungen der Lehrkräfte herangezogen und daraus entsprechende Massnahmen abgeleitet.

2.3 Allgemeines regulatorisches Umfeld

Das regulatorische Umfeld des Jahres 2014 war von zahlreichen Gesetzgebungsprojekten mit unmittelbarer Auswirkung auf den Finanzplatz geprägt. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Menge an Regulierungen nochmals zugenommen.

Auf nationaler Ebene hat sich der LBV im Jahre 2014 insgesamt an 22 Vernehmlassungen und Konsultationen beteiligt. Darunter waren auch wegweisende Gesetzgebungsvorhaben, wie die Abänderung des BankG/BankV im Zusammenhang mit der nationalen Umsetzung der CRD IV-Richtlinie, das FATCA-Umsetzungsgesetz, die Vorbereitung der Erweiterung des Vortatenskatalogs zur Geldwäscherei um die schweren Steuerdelikte, die Abänderung des Steueramtshilfegesetzes (Einführung eines sog. Geheimverfahrens im Steueramtshilfereich) sowie die Schaffung eines nationalen Spezialfondsgesetzes.

Auch im 2014 ist die EU vermehrt dazu übergegangen, sogenannte Level-2-Massnahmen (Delegierte Verordnungen, Durchführungsverordnungen und Durchführungsbeschlüsse), die auch unter dem Namen technische Regulierungsstandards bekannt sind, zu erlassen. Diese legen im Einzelnen fest, wie zuständige Behörden und Finanzmarktteilnehmer die im einheitlichen Regelwerk festgelegten Anforderungen erfüllen müssen. Darüber hinaus liess sich auch eine Tendenz feststellen, dass die Regulierung über «Softlaws» (Empfehlungen, Leitlinien, Opinions und Q&As) der europäischen Aufsichtsbehörden erfolgt. Als Folge davon wurden auch im 2014 mehrere interne Konsultationen von Leitlinien europäischer Aufsichtsbehörden (EBA, ESMA) durchgeführt, darunter im Bereich von UCITS, CRD IV und BRRD. Die daraus folgenden Stellungnahmen wurden der FMA weitergeleitet. Im Rahmen dieser Umsetzungsvorhaben hat sich der LBV wiederum proaktiv und engagiert eingebracht.

2.4 Personal und Personalentwicklung

2.4.1 Personal

Im Berichtsjahr beschäftigte den AS Personal neben zahlreichen anderen Themenbereichen insbesondere das bereits Ende 2013 diskutierte Thema einer Kindertagesstätte für FL-Banken. Anlässlich der Vorstandssitzung im August 2014 wurde das Thema erstmals vor diesem Gremium präsentiert und nach einem positiven Grundsatzentscheid eine entsprechende Projektgruppe BAKITA (Banken-Kindertagesstätte) eingesetzt. Die Projektgruppe setzt sich zusammen aus Bankenvertretern sowie einer externen Projektleitung. Der AS Personal begleitet dieses Projekt

eng und hat dieses auch jeweils auf der ordentlichen Traktandenliste. Wo nötig, werden in diesem Gremium auch entsprechende (Lenkungs-) Entscheide getroffen.

Nebst den Standardtraktanden Restrukturierungen, Umsetzung der Vergütungspolitik und arbeitsrechtliche Themen, zu welchen jeweils ein reger Meinungs- und Informationsaustausch erfolgte, wurden im AS Personal u. a. folgende Themen erörtert: Arbeitszeiterfassung (FL/CH), Krankentaggeld/Lohnfortzahlung, Zertifizierung im Private Banking, Quotenregelung im VR und GL (CRD IV-Richtlinie) etc.

Nachdem der AS Personal beschlossen hat, den bislang jeweils jährlich stattfindenden HR-Anlass neu nur noch alle zwei Jahre durchzuführen (alternierend mit dem Bankentag), dafür in einem etwas grösseren Rahmen, fand 2014 keine Veranstaltung statt.

Seitens des AS Personal wurde im Berichtsjahr eine Stellungnahme abgegeben; diese erfolgte zum Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung (KVG) und weiterer Gesetze.

Das Berichtsjahr schloss mit dem Ausscheiden von Karl Walch, welcher per Ende 2014 aus der VP Bank ausgetreten und in den Ruhestand gegangen ist. Der LBV verdankt an dieser Stelle das langjährige Mitwirken Walchs im AS Personal.

2.4.2 Personalentwicklung

Eine adäquate Nachwuchsförderung stellt für die Banken einen wichtigen Aspekt zur Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit dar. Es ist dabei unter anderem zentral, die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses in qualitativ wie quantitativ gewünschtem Mass sicherzustellen, aber auch den Zugang zum umfassenden Angebot an ergänzenden Weiterbildungen Bank und Finanz für Bankmitarbeitende zu gewährleisten. Dies hat sich der Ausschuss Personalentwicklung zum Ziel gesetzt. Zu diesem Zweck hat der Ausschuss auch im 2014 den Kontakt zu zahlreichen wichtigen Bildungsanbietern gepflegt, intensiviert und erweitert.

Im Oktober präsentierten sich die im Ausschuss vertretenden Banken zusammen mit der Geschäftsstellen zum zweiten Mal in Folge an den HSG Banking Days. Die Veranstaltung mit dem Titel «Liechtenstein – ein innovativer Banken- und Finanzplatz und attraktiver Arbeitsort» war erneut ein grosser Erfolg.

Aus der Zusammenarbeit mit der Bildungskommission der SBVg und den aktuellen Entwicklungen im Bildungsbereich Banking & Finance standen im Ausschuss Personalentwicklung auch im 2014 das Thema Zertifizierung von Bankmitarbeitenden im Zentrum, seit 2012 mit dem Fokus auf die Thematik FIDLEG und allfällig daraus resultierenden Auswirkungen auf die Aus- und Weiterbildung der Bankmitarbeitenden. Dem Ausschuss Personalentwicklung ist dabei bewusst, dass die Entwicklungen in der Schweiz einen grossen Einfluss auf die Banken und Bankmitarbeitenden in Liechtenstein haben werden.

Eine umfassende Bestandsaufnahme hinsichtlich laufender und absehbarer Entwicklungen und Diskussionen des Bildungssystems Bank und Finanz machte auch im AS Personalentwicklung deutlich, dass das bestehende Weiterbildungsangebot immer heterogener wird und bankinterne Schulungsangebote einen immer höheren Stellenwert gewinnen. Die Bildungskommission der SBVg entschied sich deshalb, das bisherige Empfehlungssystem durch einen Orientierungsrahmen abzulösen, der das bestehende Weiterbildungsangebot in Bezug auf typische Kundensegmente darstellen soll.

Weitere Themenschwerpunkte des Ausschusses ergaben sich aus verschiedenen Projekten, insbesondere der (Weiter-) Entwicklung von Bildungsstrukturen und Angeboten sowie die Förderung von Allgemeinwissen der Bevölkerung im Finanzbereich. Seit 2011 – teilweise in Zusammenarbeit mit anderen Partnern auf dem Finanzplatz – wurden zahlreiche Angebote für verschiedene Alters- und Zielgruppen ausgearbeitet. Bisher konnten mit über 600 Kindern und Jugendlichen in Liechtenstein verschiedene Aktivitäten in Schulen durchgeführt werden. Die durchwegs positive Resonanz und auch Wahrnehmung in der Presse im In- und Ausland hat die Geschäftsstelle darin bestätigt, im Berichtsjahr ein Projekt für Erwachsene mit dem Titel «Rundums-Geld» in Zusammenarbeit mit dem CYP zu konzipieren und durchzuführen. In drei Modulen wurden sowohl volkswirtschaftliche Zusammenhänge als auch individuelle Anlageentscheide sowie die Chancen und Risiken von Finanzprodukten thematisiert.

Die Arbeitsgruppe Grundbildung hat sich auch im Berichtsjahr mit dem Thema «Qualitätssicherung Grundbildung» beschäftigt. Die Workshops für PraxisausbilderInnen der Banken in Liechtenstein standen 2014 zum letzten Mal im Zeichen der kaufmännischen Reform Grundbildung.

Die langfristige Sicherung von motiviertem und leistungsstarkem Nachwuchs bleibt eine Herausforderung, der sich die Arbeitsgruppe laufend stellt und mögliche Massnahmen prüft

und nach Möglichkeit auch umsetzt. Denn durch Reformen ist das Ausbildungsniveau bei der kaufmännischen Ausbildung sowie bei der Informatikerlehre in den letzten Jahren stark angestiegen. Auch sind die Erwartungen der Betriebe und der Schulen in Bezug auf Fach-, Sozial- und Methodenkompetenzen heute um einiges höher als früher. Die hohe Gymnasialquote in Liechtenstein führt dazu, dass viele leistungsstarke Schülerinnen und Schüler im Rekrutierungsprozess fehlen. Die Kompetenzen der jungen Menschen verändern sich laufend, damals wie heute. Es ist und bleibt eine Herausforderung, sich in eine differenzierte Auseinandersetzung mit Veränderungen zu begeben und diese wo immer möglich als Chance zu nutzen.

Unter dem Titel «Banking 4 you» wurden die 2011 erarbeiteten interaktiven und altersgerechten Unterrichtsmodule rund um die Themen Bank, Bewerbung und Ausbildung an sämtlichen Realschulen des Landes und auch im Gymnasium mit viel Erfolg bereits zum vierten Mal durchgeführt. Der direkte Kontakt zu Lehrpersonen und SchülerInnen wird von beiden Seiten geschätzt und ermöglicht über den Bewerbungsprozess hinaus gute und direkte Kontakte.

Im ersten Quartal des Jahres 2014 konnte ausserdem die aktualisierte Neuauflage des Faltblattes «Der erste Schritt ins Bankgeschäft» gedruckt werden.

Die auch im Grundbildungsbereich wichtige Vernetzung kann mit dem Einsitz von Geschäftstellen- und BankenvertreterInnen im Rahmen von verschiedenen externen Gremien und Kommissionen (Berufsfachschulkommission BZB, Berufsbildungsbeirat, Runder Tisch des Schulamtes, AIBA, IBK usw.) gewährleistet werden. Das Projekt «Attraktive duale Berufsbildung in Liechtenstein» wird von der Arbeitsgruppe begleitet und unterstützt. Der 2013 getroffene Entscheid für einen gemeinsamen Lehrstellenzusagertermin von verschiedenen Verbänden wurde evaluiert und bestätigt.

2.5 LIFE Klimastiftung Liechtenstein

Die LIFE Klimastiftung Liechtenstein wurde im Jahr 2009 als Private-Public Partnership von der Regierung, dem LBV, der Treuhändervereinigung, dem Anlagefondsverband und der Universität Liechtenstein gegründet. Die LIFE Klimastiftung Liechtenstein ist eine eingetragene gemeinnützige liechtensteinische Stiftung und steht unter der Aufsicht der Stiftungsaufsicht. Als Revisionsstelle amtiert PricewaterhouseCoopers. Die Geschäftsstelle der LIFE Klimastiftung Liechtenstein wird vom LBV geführt. Ziel und Zweck der LIFE Klimastiftung Liechtenstein ist es, den Nachhaltigkeitsgedanken zu fördern, den Wissenstransfer zu den Trägern und der Öffentlichkeit zu

fördern und dadurch dem Land und dem Finanzplatz neue Impulse zu geben.

Ende 2010 definierte die LIFE Klimastiftung Liechtenstein eine tragfähige, zukunftsorientierte und langfristig ausgerichtete Drei-Säulen-Strategie. Im 2011 begann die LIFE Klimastiftung Liechtenstein, diese Strategie umzusetzen. Diese Tätigkeiten konnten im Jahr 2014 erfolgreich weitergeführt werden. Auch im Jahr 2014 profitierte die LIFE Klimastiftung Liechtenstein von der Kooperation mit der Klimastiftung Schweiz. Aufgrund der Bereitschaft der LGT Bank, der LLB sowie der VP Bank, ihre aus der CO₂-Abgabe resultierenden Rückverteilungsbeträge an die Klimastiftung Schweiz zu spenden, wurde der Förderrahmen der Schweizer Stiftung Ende 2012 auf Liechtenstein ausgeweitet. Der Geschäftsstelle der LIFE Klimastiftung Liechtenstein obliegt in diesem Zusammenhang die Kommunikation der Fördermöglichkeiten im Land. Seit Kooperationsbeginn konnten rund CHF 370'000.– an innovative und energieeffiziente kleine und mittlere Unternehmen vergeben werden. Neben der Förderung seitens der Klimastiftung Schweiz wurden 2014 aber auch wieder Projekte aus Liechtenstein von der LIFE Klimastiftung Liechtenstein direkt gefördert. Der gesamthafte Förderbetrag 2014 erhöhte sich von rund CHF 30'000.– (2013) auf über CHF 55'000.–. Den Höhepunkt stellte der Besuch einer US-Delegation am 2. und 3. September 2014 in Liechtenstein dar, welcher im Vorfeld des «2nd Biomimicry Europe Innovation and Finance Summit» in Zürich erfolgte. Neben der Vorstellung der Projekte «FluidGlas» und «IT-enabled Sustainability Transformations» an der Universität Liechtenstein stand auch ein Diskussionsaustausch mit Vertretern der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK), Vertretern des Bankenplatzes sowie der Abteilung Standortförderung des Amtes für Volkswirtschaft auf dem Programm. Abgerundet wurde das Programm durch einen Besuch beim Werkzeughersteller Hilti.

2.6 Microfinance Initiative Liechtenstein (MIL)

Die Microfinance Initiative Liechtenstein (MIL) wurde im 2005 ins Leben gerufen. Initiator der Initiative waren die Regierung, die Universität, der LBV sowie die Hilti Foundation und die Medicor Foundation. Vorangetrieben wurde die MIL durch eine aus den Initiatoren formierte Arbeitsgruppe, die sich zum Ziel gesetzt hat, basierend auf den drei Säulen Forschung, Investment und Technical Assistance, die Mikrofinanz durch angewandte Forschung, durch Entwicklungszusammenarbeit und durch innovative Produkte im Investmentbereich aktiv zu fördern. Bis zum Frühjahr 2011 wurde die MIL administrativ durch den Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) geführt. Im Jahr 2009 wurde von den Initiatoren der Microfinance Verein gegründet.

In den ersten fünf Jahren konnte die MIL erfolgreich international und in der Aussenwahrnehmung als Marke etabliert werden und hatte damit auch einen positiven Effekt auf die Wahrnehmung von Liechtenstein. Insbesondere innovative Forschungsideen weckten Interesse. Mit der Realisierung des ersten Microfinance Fonds in Liechtenstein hat die MIL ein weiteres Ziel der ursprünglichen Initiative erreicht. Im Rahmen einer umfassenden Strategiediskussion im Laufe des Jahres 2011 haben sich die Mitglieder der MIL dazu entschlossen, eine Professionalisierung der MIL umzusetzen, mit der klaren Zielsetzung, die MIL auch weiterhin langfristig und zusammen mit der LIFE Klimastiftung Liechtenstein aktiv als Partner für Nachhaltigkeitsfragen zu positionieren. In struktureller Hinsicht wurde zu diesem Zweck ein neuer Vorstand, bestehend aus Regierungsrätin Aurelia Frick (Präsidentin), Adolf E. Real (LBV, Vizepräsident) und Karlheinz Ospelt (Stiftung Liechtensteinischer Entwicklungsdienst), eingesetzt. Mit der Führung der Geschäftsstelle wurde die CSSP (Center for Social and Sustainable Products AG) beauftragt. Die MIL arbeitet eng mit der LIFE Klimastiftung Liechtenstein zusammen. Beide Initiativen zusammen sollen dazu beitragen, den Platz Liechtenstein als Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeit und nachhaltige Geldanlagen glaubhaft zu positionieren. Im Jahr 2013 wurde der Grundstein für die Förderung von energieeffizienten Kochöfen in Ruanda als Gemeinschaftsprojekt der MIL und der LIFE Klimastiftung Liechtenstein sowie des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes gelegt. Dieses Projekt konnte im Jahr 2014 realisiert werden. Des Weiteren organisieren die MIL und die LIFE Klimastiftung Liechtenstein seit mittlerweile drei Jahren zusammen mit der LGT Venture Philanthropy Foundation alljährlich das Impact Forum in Zürich. Das Thema der dritten Veranstaltung im 2014 lautete «Zwischenbilanz – Nachhaltige Geldanlagen am Finanzplatz Schweiz». Wie in den vergangenen drei Jahren erfreute sich das Forum auch heuer wieder grosser Beliebtheit und war dieses Mal bereits Wochen zuvor ausgebucht. Über 60 Institutionen aus der Schweiz und Liechtenstein waren zu dem Event angemeldet, um verschiedene Aspekte, Herausforderungen und Trends nachhaltiger Geldanlagen zu diskutieren und Erfahrungen auszutauschen.

3. Vernehmlassungen

(Übersicht: 1. Mai 2014 – 30. April 2015)

- Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Abänderung des Steueramtshilfegesetzes (Gruppenanfragen)
- Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Abänderung des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge sowie des Gesetzes über die Invalidenversicherung
- Vernehmlassung zur FMA-Richtlinie 2015/xx betreffend die Wohlverhaltensregeln für den Fondspatz Liechtenstein
- Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Abänderung des StGB und des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechts (Terrorismusbekämpfung)
- Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Abänderung des Gesetzes über bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (UCITSG) und des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FMAG)
- Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Stabstelle Financial Intelligence Unit (FIU-G) sowie weiterer Gesetze
- Anpassung der Bankenverordnung (BankV) im Rahmen der Übernahme der CRD IV-Richtlinie ins liechtensteinische Recht
- Vernehmlassung der Regierung betreffend die Abänderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung, des Steuergesetzes, des Gesetzes vom 22.10.1922 gegen den unlauteren Wettbewerb, des Rechtshilfegesetzes und weiterer Gesetze (Korruptionsstrafrecht)
- Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung (Krankenversicherungsgesetz; KVG)
- Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend das FATCA-Gesetz
- Vernehmlassung der FMA-Richtlinie betreffend die spezialgesetzliche Prüfung und Berichterstattung durch Revisionsstellen – Revisionsprüfungsrichtlinie (RPR)
- Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Abänderung des Marktmissbrauchsgesetzes (MG)
- Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Umsetzung der RL 2013/34/EG über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen)
- Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Abänderung des Zahlungsdienstegesetzes (ZDG)

4. Ausblick auf das Jahr 2015/2016

Gerade in unsicheren Zeiten suchen Kunden wirtschaftliche und auch politische Stabilität, worin ein grosses Plus des Standortes Liechtenstein liegt. Die Mitgliedschaft beim EWR und die gleichzeitige Anbindung an den Schweizer Wirtschafts- und Währungsraum haben sich als Erfolgsmodell bewährt. Dennoch setzen die globalen Regulierungsbemühungen ebenso wie die weitere Internationalisierung die Finanzplätze weiter unter Druck.

Auch 2015 und 2016 werden die Auswirkungen der Finanz-, Staats- und Haushaltskrise noch weiter nachhallen. Ebenfalls werden sich die Diskussionen im Zusammenhang mit der Kooperation in Steuerfragen und die globale Tendenz zu mehr Transparenz weiter fortsetzen: Zwischenzeitlich haben sich mehr als 100 Länder dazu bekannt, den Automatischen Informationsaustausch einzuführen. Als eines der sog. Early Adopter Länder wird Liechtenstein bereits im 2017 mit Bezug auf das Steuerjahr 2016 erstmals automatisch Steuerinformationen liefern. Ein entsprechendes Abkommen mit der EU wird noch im Laufe des Jahres 2015 unterzeichnet und ratifiziert werden. Liechtenstein wird damit eines der ersten Länder sein, welches den Automatischen Informationsaustausch umsetzt. Umso wichtiger wird es sein, dass der OECD-Standard zu einem effektiven globalen Standard und ein «Level Playing Field» mit gleich langen Spiessen so schnell wie möglich hergestellt sein wird. Ebenso wird der Frage des Datenschutzes und der Datensicherheit in Anbetracht der Menge an auszutauschenden Kundeninformationen eine zentrale Rolle zukommen. Denn bis zum Übergang zum Automatischen Informationsaustausch müssen nicht nur die Kunden auf die «neue Ära der Transparenz» vorbereitet und die entsprechenden IT-Systeme sowohl bei den Finanzintermediären als auch den Steuerverwaltungen auf- bzw. ausgebaut werden. Fakt ist, dass von einer regelrechten Datenflut auszugehen ist und beispielsweise in Deutschland seitens der Steuergewerkschaft auch bereits auf diese Herausforderung hingewiesen wurde. Es wird in den kommenden Monaten somit auch darum gehen, die korrekte Verwendung der Kundenfinanzinformationen und den Schutz vor dem Zugriff Unberechtigter sicherzustellen, bevor es zu einem automatischen Austausch kommt.

Gleichzeitig oder gerade in Folge der internationalen Umwälzungen setzt sich die Transformationsphase, in der sich der liechtensteinische Finanzplatz befindet, weiter fort. Dieser Transformationsprozess ist vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation, dem anhaltenden Margen- und Kostendruck, der andauernden Tief- bzw. Negativzinsphase sowie der zunehmenden Regulierungsflut besonders herausfordernd und wird von allen vieles abverlangen. Der Zeitraum 2015/2016 wird eine der wichtigen

Perioden für den liechtensteinischen Finanzplatz werden, in dem das vorhandene Fundament für die Zukunft weiter ausgebaut und gestärkt werden muss. Gefordert ist insbesondere Innovationsgeist. Neuere Trends, Themen und Regulierungen wie FINTECH, die Bestrebungen zu einem EU-weiten, einheitlichen «Digital Single Market», Big bzw. Smart Data, die Kapitalmarktunion etc. gilt es proaktiv anzugehen und deren Chancen und Risiken auszuloten. Der LBV hat mit der Finanzplatzstrategie Roadmap 2015 aufgezeigt, was zu tun ist und wohin der Weg gehen soll, um sich längerfristig als attraktiver und kompetitiver Finanzplatz behaupten zu können.

Diese strategische Ausrichtung soll in den kommenden Monaten im Sinne einer Roadmap 2020 weiterentwickelt werden. Diese wird beinhalten müssen: eine konsequente und glaubwürdige Weiterverfolgung der Steuerkonformitätsstrategie, die Beibehaltung und permanente Sicherstellung eines ausgeglichenen Staatshaushaltes, die Festigung des stabilen und rechtssicheren Handlungsrahmens, eine fortgesetzte Anpassung der Systeme und Prozesse, konsequentes Kostenmanagement auf allen Ebenen, Aufrechterhaltung des ungehinderten Zugangs zum EWR-Binnenmarkt, verstärkte Aus- und Weiterbildung in allen Belangen und die weitere Intensivierung der Beratung und Betreuung der Kunden. Darüber hinaus sind die weitere internationale Vernetzung, die Stärkung der Stabilitätsfaktoren unseres Standortes, Innovationen und nicht zuletzt auch Standortkommunikation und Marketing wichtig.

Im Zuge dessen hat der LBV deshalb auch gewisse Anpassungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit vorgenommen. Der LBV will sich im 2015/2016 weiter als innovativer, dynamischer und kompetenter Ansprechpartner positionieren, der Aufklärungsarbeit über die Standortfaktoren und Entwicklungen am Finanzplatz leistet, den Finanzplatz in seiner Vielfalt darstellt und für die Attraktivität dessen wirbt. Die Marketingaktivitäten (Roadshows, Vorträge, Podiumsdiskussionen etc.) sollen weiter verstärkt werden. Im Inland will der LBV weiter als Experte in Finanzplatzfragen auftreten, sowohl in den Medien als auch auf politischer Ebene und innerhalb des Finanzplatzes. Die Aufklärungsarbeit in den Nachbarländern Schweiz, Deutschland und Österreich geniesst weiterhin Priorität und wird sich weiterhin auf Vertreter aus Politik und Medien konzentrieren. Verstärkt werden soll der Kontakt zu Stakeholdern und Meinungsführern, die wiederum das Bild von Liechtenstein in Medien und/oder Politik sowie in relevanten Kreisen und der Öffentlichkeit mitprägen. In Liechtenstein selbst nehmen die politische Arbeit und der Kontakt zur Regierung, den Behördenstellen und den Abgeordneten eine zentrale Rolle ein. Sie sollen frühzeitig abgeholt werden und den Verband als verlässlichen und wichtigen Ansprechpartner, Experten und

Informationsquelle wahrnehmen. Darüber hinaus sollen die bestehenden Kontakte zu wichtigen internationalen Organisationen wie die OECD und die FATF sowie zu den EWR-/EFTA-Partnerländern laufend weiter gepflegt werden. In Brüssel soll auf EU-Ebene die Beziehungspflege und Aufklärungsarbeit weiter intensiviert werden.

Der liechtensteinische Bankensektor 2014

Die für die internationale Kundschaft liechtensteinischer Banken wichtige Einschätzung globaler Entwicklungen wird zunehmend anspruchsvoller, da uneinheitlich und getrieben von der geopolitischen Lage. Selbst internationale Organisationen wie der IWF mussten ihre globalen Wachstumsprognosen mehrmals reduzieren. Die konjunkturellen Indikatoren fortgeschrittener Volkswirtschaften zeigen eine positive Entwicklung, wobei sicherlich der massiv fallende Ölpreis sowie die expansive Geldpolitik der Notenbanken wesentliche Stützen waren. Die Weiterentwicklung wesentlicher Währungen wie USD, EUR und CHF muss differenziert betrachtet werden.

Die bestehende Ausgangslage für liechtensteinische Banken hat sich im Geschäftsjahr 2014 akzentuiert. Eine Kernherausforderung für die liechtensteinischen Banken bleibt weiterhin das historisch tiefe Zinsumfeld sowie die Notenbankpolitik generell. So hat die Schweizerische Nationalbank im Januar 2015 neben der Aufhebung des EURO-Mindestkurses auch Minuszinsen im Umfang von -0.75 % auf SNB-Girokontoguthaben eingeführt. Zusätzlich wird

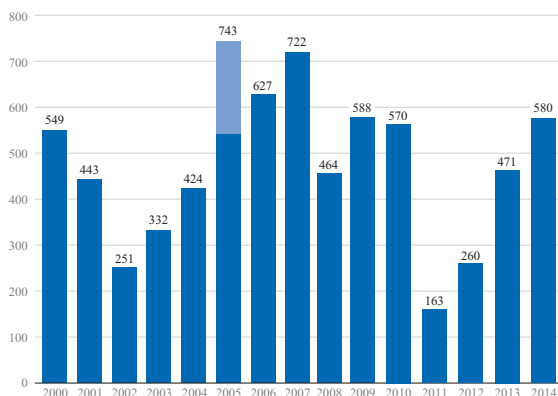
die Marge neben steigendem Wettbewerb insbesondere auch durch regulatorische Massnahmen im Bereich des Konsumenten- und Anlegerschutzes sowie im Risikomanagement unter Druck gesetzt.

Trotz des anhaltenden Tiefzinsniveaus konnte der Zinserfolg bei CHF 308 Mio. (+1.2 %) stabil gehalten werden. Auch der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft verblieb mit CHF 426 Mio. auf Vorjahresniveau, trotz positiver Börsenentwicklung. Dies ist insbesondere auf die Zurückhaltung seitens der Kundschaft zurückzuführen. Mit einem Rückgang des Erfolges aus Finanzgeschäften sowie einer Erhöhung des Geschäftsaufwandes um rund 4.1 % auf CHF 612 Mio. resultierte ein Bruttogewinn von CHF 341 Mio. (-9.6 %). Die Cost-Income-Ratio erhöhte sich dementsprechend auf 64.2 % (Vorjahr: 60.9 %) und ist insbesondere auch auf die ungünstige Wertentwicklung von Zinsabsicherungsgeschäften zurückzuführen. Aufgrund eines negativen Einmal-effektes in Zusammenhang mit der geplanten Fusion zweier Mitgliedsbanken reduzierte sich das Ergebnis aus normaler Geschäftstätigkeit mit CHF 219 Mio. um über 17 %. Ohne diesen

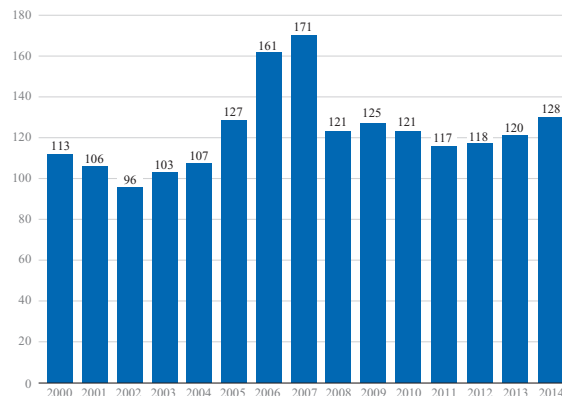
Zahlen & Fakten (nicht konsolidiert)

	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung in %
Bilanzsumme (in Mio. CHF)	63'354	57'082	11.0
Jahresgewinn (in Mio. CHF)	580	471	23.3
Eigenkapital (in Mio. CHF)	5'734	5'870	-2.3
Tier 1 Ratio (konsolidiert, in %)	18.6	20.6	-9.7
Verwaltete Vermögen (in Mrd. CHF)	127.7	120.2	6.3
Beschäftigte (Vollzeitäquivalente)	1'927	1'901	1.4

Zahlen & Fakten



Jahresgewinn Entwicklung 2000 bis 2014, in Millionen CHF



Verwaltete Vermögen Entwicklung 2000 bis 2014, in Milliarden CHF

Einmaleffekt wäre das Ergebnis in Relation zum Bruttogewinn mit dem Vorjahr vergleichbar. Das Nettoergebnis aller Banken ist mit CHF 580 Mio. deutlich höher als im Vorjahr (+23.3 %), jedoch auch auf die Netto-Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Bankrisiken zurückzuführen.

Wie in den Vorjahren konnten die Banken ihre Position sowohl in Liechtenstein als auch auf konsolidierter Basis, das bedeutet unter Einbezug der Tätigkeit der Banken im Ausland, weiter ausbauen und die verwalteten Vermögen erhöhen. Die in Liechtenstein betreuten Kundenvermögen wuchsen um rund 6.3 % auf CHF 127.7 Mrd. Erfreulicherweise stieg der Netto-Neugeldzufluss um 40 % auf CHF 2.8 Mrd. (Vorjahr: CHF 2.0 Mrd.), obwohl aufgrund verschiedenen Steuerkonformitätsmassnahmen mit Abflüssen gerechnet werden musste. Der konsolidierte Netto-Neugeldzufluss beträgt CHF 16.1 Mrd. und ist doppelt so hoch wie im Vorjahr. Damit betreuen die liechtensteinischen Banken weltweit Vermögenswerte mit einem Volumen von CHF 216.0 Mrd. (+10.5 %). Damit wurde der Höchststand aus dem Jahr 2007 erstmals wieder übertroffen. Dies unterlegt einmal mehr die Attraktivität und Stabilität des Bankenplatzes Liechtenstein sowie das gegenüber den liechtensteinischen Banken entgegengebrachte Vertrauen weltweit.

Trotz des Rückganges der konsolidierten Kernkapitalquote (Tier 1 Ratio) um 20.6 % auf 18.6 % sind die liechtensteinischen Bankgruppen ausgezeichnet kapitalisiert und erfüllen die Anfang Februar 2015 in Kraft gesetzten Mindestanforderungen des Basel III-Standards bzw. der EU-Regulierung bereits. Somit gilt Liechtenstein weiterhin als einer der höchst kapitalisierten Bankenplätze weltweit, was ein Beleg seiner weitsichtigen Risikopolitik und Stabilität ist.

Dies wird durch die regelmässig stattfindenden Peer Reviews bekräftigt. So wurde das AAA-Rating von Liechtenstein auch im 2015 bestätigt. Zudem untersucht Standard & Poors mit dem sogenannten Banking Industry Country Risk Assessment (BICRA) den liechtensteinischen Bankensektor. Darin wird Liechtenstein weiterhin der Gruppe 2 zugeordnet und gehört damit – neben der Schweiz, Österreich, Luxemburg, Hongkong und Singapur – zu den Ländern mit dem tiefsten branchenspezifischen Risiko.

Die liechtensteinischen Banken behaupten sich in einem weiterhin sehr anspruchsvollen und unsicheren Umfeld. Sie werden als vertrauenswürdige Partner weltweit geschätzt. Die Finanzplatzstrategie sowie Stabilitätsfaktoren von Liechtenstein und dessen Banken sind gerade jetzt wesentliche Elemente für die Kundenwahl. Die Geschäftszahlen unterstreichen, dass die Marktteilnehmer auf dem Bankenplatz Liechtenstein in Zusammenhang mit der notwendigen Fokussierung auf ihre Kernkompetenzen sinnvolle Strukturbereinigungen und laufende operative Verbesserungen aktiv angehen, um den zukünftigen Herausforderungen aus einer Position der Stärke heraus begegnen zu können. Zusammen mit der Spezialisierung auf die traditionellen Geschäftsbereiche Private Banking und Wealth Management sowie einer umsichtigen Geschäftspolitik, unterstützt mit einer soliden und hochwertigen Eigenmittelausstattung bzw. Liquiditätshaltung, sollte es den liechtensteinischen Banken auch in Zukunft möglich sein, ihre Wettbewerbsposition zu festigen und gezielt auszubauen.

Gesetzliche und regulatorische Neuerungen

Das vergangene Geschäftsjahr war geprägt von umfangreichen Gesetzgebungsprojekten, die der Umsetzung diverser neuer Vorgaben der EU sowie internationaler Gremien und Organisationen dienten.

Die nachfolgenden finanzmarktrechtlichen oder anderweitig für die Banken in Liechtenstein bedeutsamen Gesetze wurden 2014 teilrevidiert resp. mussten angepasst werden (massgebend ist das Datum des Inkrafttretens der Änderung):

- Steueramtshilfegesetz, SteAHG (vgl. LGBI. 2013 Nr. 6)
- Steueramtshilfegesetze USA, AHG-USA, (vgl. LGBI. 2013 Nr. 46)
- Steuergesetz (SteG (vgl. LGBI. 2013 Nr. 344)
- Gesetz über die Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (LGBI. 2014 Nr. 275)
- Personen- und Gesellschaftsrecht, PGR (vgl. LGBI. 2014 Nr. 362)
- Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch, ABGB, (vgl. LGBI. 2014 Nr. 97)
- Gesetz zum Abkommen zwischen Liechtenstein und Österreich über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern, Abgeltungssteuerabkommen (vgl. LGBI. 2013 Nr. 434)
- Finanzmarktaufsichtsgesetz, FMAG (LGBI. 2013 Nr. 324, 420, 429, 434)

Aufgrund des Gesetzes vom 10.12.2008 über die Durchsetzung internationaler Sanktionen (ISG) wurden auch im Berichtsjahr 2014 erneut eine Reihe von Verordnungen erlassen resp. bereits bestehende Verordnungen entsprechend ergänzt, die zu Restriktionen oder Massnahmen gegenüber einzelnen Staaten, Personen oder Gruppierungen geführt haben.

Mitgliedsbanken



Liechtensteinische Landesbank AG



Profil

Die Liechtensteinische Landesbank AG (LLB) wurde 1861 gegründet und ist das traditionsreichste Finanzinstitut im Fürstentum Liechtenstein. Seit der Teilprivatisierung der LLB im Jahr 1993 sind die Aktien an der SIX Swiss Exchange kotiert (Symbol: LLB). Hauptaktionär ist das Land Liechtenstein. Per Ende 2014 besitzt es einen Anteil von 57.5 Prozent.

Die LLB ist das Mutterhaus der LLB-Gruppe, die ihren Kunden umfassende Dienstleistungen anbietet: im Retail & Corporate Banking, im Private Banking und für Institutional Clients. Dies in den Onshore-Heimmärkten Liechtenstein, Schweiz und Österreich, den traditionellen Cross Border-Märkten Deutschland/Österreich und den Wachstumsmärkten Zentral- und Osteuropa sowie Mittlerer Osten.

Die LLB-Gruppe beschäftigte Ende 2014 893 Mitarbeitende (in Vollzeitstellen), 552 davon in Liechtenstein. Per 31. Dezember 2014 betrug das Geschäftsvolumen CHF 60.9 Mrd.

2014 war das Jahr der Weiterentwicklung strategischer Initiativen. Die LLB-Gruppe hat die Umsetzung der Strategie Focus2015 konsequent weiterverfolgt und wichtige Meilensteine erreicht. Sie konnte die Profitabilität weiter steigern, aber auch gezielt in Innovationen investieren. Stabile operative Erträge, erfolgreiche Effizienzsteigerungen, Neugeld-Zuflüsse in den Wachstumsmärkten und wegweisende Lösungen für die Kunden machen die LLB-Gruppe zu einer starken Partnerin.

Zahlen & Fakten (Stammhaus)

in Mio. CHF	31.12.2014
Bilanzsumme	14'452.2
Jahresgewinn	76.4
Eigenmittel (nach Gewinnverwendung)	1'663.9
Verwaltete Vermögen*	50'218.0
Beschäftigte (teilzeitbereinigt)	502

* konsolidiert

Organisation (Stammhaus)

Verwaltungsrat	Dr. Hans-Werner Gassner, Präsident lic. oec. publ. Markus Foser, Vizepräsident Markus Büchel Dr. Patrizia Holenstein Urs Leinhäuser Prof. Dr. Gabriela Nagel-Jungo Roland Oehri
Geschäftsleitung	Roland Matt, Group CEO lic. iur. Urs Müller, Stv. Group CEO Dr. Gabriel Brenna Dr. Heinz Knecht Dr. Kurt Mäder Christoph Reich
Revisionsstelle	PricewaterhouseCoopers AG, St. Gallen
PR-Kontaktperson	Dr. Cyrill Sele

LGT Bank AG



Profil

Die LGT Bank ist eine international führende Adresse für Private Banking. Sie verbindet Anlageberatung, Vermögensverwaltung und Finanzierungslösungen mit einem breiten Angebot an zusätzlichen Beratungsleistungen. International ist die Bank mit Niederlassungen in Hongkong, Salzburg und Wien sowie Repräsentanzen in Bahrain, Chur, Davos, Genf, Lugano, Montevideo und Zürich vertreten. Für die Region Liechtenstein – Rheintal – Vorarlberg bietet die Bank mit Hauptsitz in Vaduz auch die umfassenden Dienste als Universalbank an.

Die LGT Bank bildet den Kern der LGT Gruppe. Dadurch profitieren die Bankkunden von der Gesamtkompetenz der weltweit grössten Private Banking und Asset Management Gruppe, die vollständig von einer Unternehmerfamilie gehalten wird. Die LGT wird seit über 80 Jahren persönlich vom Fürstenhaus von Liechtenstein kontrolliert und geführt. Diese spezielle Eigentümerstruktur führt zu gewichtigen Vorteilen wie Stabilität, Verlässlichkeit und Unabhängigkeit.

Zahlen & Fakten (Stammhaus)

in Mio. CHF	31.12.2014
Bilanzsumme	30'692.7
Jahresgewinn	492.1
Eigenmittel (nach Gewinnverwendung)	2'616.2
Verwaltete Vermögen	61'268.1
Beschäftigte (teilstzeitbereinigt)	771

Organisation (Stammhaus)

Verwaltungsrat	Thomas Piske, Präsident S.D. Prinz Max von und zu Liechtenstein Olivier de Perregaux Jacques Engeli
Geschäftsleitung	Norbert Biedermann, Vorsitzender Ivo Klein Roland Schubert Markus Werner
Revisionsstelle	PricewaterhouseCoopers AG, Zürich
PR-Kontaktperson	Christof Buri

VP Bank AG



Profil

Die VP Bank AG wurde 1956 gegründet und gehört mit 755 Mitarbeitenden per Ende 2014 (teilzeitbereinigt 694.9) zu den grössten Banken Liechtensteins. Sie bietet massgeschneiderte Vermögensverwaltung und Anlageberatung für Privatpersonen und Intermediäre. Die VP Bank Gruppe umfasst neben dem Hauptsitz in Liechtenstein Gesellschaften mit Banklizenz in der Schweiz, Luxemburg, auf den British Virgin Islands und in Singapur, eine Vermögensverwaltungsgesellschaft in Hongkong sowie Repräsentanzen in Moskau und Hongkong.

Die erstklassigen Dienstleistungen für private und professionelle Kunden umfassen jeden Aspekt von Vermögensverwaltung und

Anlageberatung. Aufgrund der gelebten offenen Architektur profitieren die Kunden von einer unabhängigen, persönlichen Beratung einer Privatbank und erhalten Zugang zu einem globalen Netz von Spezialisten: In die Empfehlungen einbezogen werden sowohl Produkte und Dienstleistungen führender Finanzinstitute als auch bankeigene Investmentlösungen. Die Finanzstärke der VP Bank wird mit dem Rating «A-» von Standard & Poor's beurteilt. Die VP Bank ist an der Schweizer Börse SIX kotiert und verfügt über eine solide Bilanz und Eigenmittelausstattung. Ihre Ankeraktionäre sind langfristig ausgerichtet und garantieren dadurch Kontinuität, Unabhängigkeit sowie Nachhaltigkeit.

Zahlen & Fakten (Stammhaus)

in Mio. CHF	31.12.2014
Bilanzsumme	9'315.6
Jahresgewinn	20.8
Eigenmittel (vor Gewinnverwendung)	762.5
Verwaltete Vermögen*	30'939.1
Beschäftigte	472

* konsolidiert

Organisation (Stammhaus)

Verwaltungsrat	Fredy Vogt, Präsident Dr. iur. Guido Meier, Vizepräsident lic. oec. Markus Thomas Hilti Dr. iur. Daniel H. Sigg Prof. Dr. Teodoro D. Cocca Dr. Beat Graf Michael Riesen Dr. Florian Marxer (seit 24.04.2015)
Geschäftsleitung	Alfred W. Moeckli, CEO Siegbert Näscher, CFO Christoph Mauchle
Revisionsstelle	Ernst & Young AG, Bern
PR-Kontaktperson	Tanja Muster

NEUE BANK AG



Profil

Die im Jahre 1992 gegründete NEUE BANK AG steht in der Tradition der klassischen Privatbank. Mittelpunkt ihrer Aktivitäten ist der anspruchsvolle in- und ausländische Privatkunde. Ihm bietet die Bank neben dem gesetzlich verankerten Schutz der Privatsphäre einen umfassenden und an hohen Qualitätsstandards ausgerichteten individuellen Service in der Vermögensberatung und -verwaltung. Getreu dem Motto, unter dem die Bank angetreten ist, fühlt sie sich einer konservativen und ausgesprochen risikobewussten Anlagepolitik verpflichtet. Sie legt hierbei gleichermassen Wert auf Kapitalbewahrung wie auf angemessene Performance der ihr anvertrauten Vermögenswerte.

Um ihre Kundschaft interessenkonfliktfrei und unabhängig betreuen zu können, verzichtet die NEUE BANK AG auf eigene Produkt-

entwicklungen. Vielmehr trifft sie Anlageentscheidungen je nach Kundenbedürfnissen auch unter Einbezug der Vielfalt moderner Instrumente. Der Wunsch, mögliche Interessenkonflikte zu vermeiden, hat die Bank u. a. dazu bewogen, das Gründungs- und Treuhändergeschäft nicht zu betreiben.

Der Privatbankcharakter, der den Verzicht auf das Mengengeschäft bedingt und die bewusst gewollte Eigenständigkeit widerspiegeln sich auch im Aktionariat der Bank, das sich überwiegend aus Privatpersonen zusammensetzt, die zudem mehrheitlich liechtensteinische Staatsangehörige sind. Das volleingezahlte Aktienkapital von derzeit CHF 40 Mio. steht unter der Kontrolle der Gründeraktionäre.

Zahlen & Fakten

in Mio. CHF	31.12.2014
Bilanzsumme	1'309.8
Jahresgewinn	6.7
Eigenmittel (nach Gewinnverwendung)	128.5
Verwaltete Vermögen	4'615.5
Beschäftigte (teilstzeitbereinigt)	55

Organisation

Verwaltungsrat	lic.oec. Karlheinz Ospelt, Präsident Josef Quaderer, Vizepräsident Prof. Dr. Manuel Ammann Arthur Bolliger Hanni Bubendorfer-Kaiser
Geschäftsleitung	Elmar Bürzle Willy Bürzle Arnold Wille Pietro Leone
Revisionsstelle	KPMG AG, Zürich
PR-Kontaktperson	Doris Zurflüh

Volksbank AG



Profil

Die Volksbank AG hat im Jahre 1997 in Liechtenstein die Geschäftstätigkeit mit Schwerpunkt Private Banking aufgenommen und hat sich in den letzten Jahren zu einer klassischen Universalbank entwickelt. Die Produktpalette reicht von der gehobenen Anlageberatung und Private Banking über das Depotbankgeschäft bis hin zum Retail Banking verbunden mit dem Hypotheken- und Lombardkreditgeschäft. Als selbständiger Partner des Volksbankenverbundes kann die Volksbank AG ein hohes Mass an Qualität und Sicherheit innerhalb eines internationalen Beziehungsnetzes gewährleisten. Mit der Berenberg Bank, Hamburg und Zürich, als Kooperationspartner im Bereich der gehobenen Vermögensverwaltung bietet die Volksbank AG eine hervorragende

Kombination erstklassiger Dienstleistungen im Banken- und Vermögensverwaltungssektor an. Mehrere internationale Auszeichnungen sind Beweis für die ausgezeichnete Qualität der Beratung. Im Jahre 2014 erhielt die Volksbank wiederum die höchste Auszeichnung «summa cum laude» beim international renommierten Elite Report und gehört somit weiterhin zur Elite der Vermögensverwalter. Besonders hervorgehoben wurden die hohe Qualitätssicherung und die ausgezeichnete Beratungs- und Servicequalität.

Zahlen & Fakten

in Mio. CHF	31.12.2014
Bilanzsumme	661.7
Jahresgewinn	4.2
Eigenmittel (nach Gewinnverwendung)	43.7
Verwaltete Vermögen	1'828.1
Beschäftigte (teilzeitbereinigt)	33.1

Organisation

Verwaltungsrat	Gerhard Hamel, Präsident Dr. Reto Mengiardi, Vizepräsident Dr. Roland Müller Dr. Helmut Winkler Markus Keel
Geschäftsleitung	Stefan Wolf Josef Werle Dr. Marco Nigsch
Revisionsstelle	PricewaterhouseCoopers AG, St. Gallen
PR-Kontaktperson	Josef Werle

Valartis Bank (Liechtenstein) AG



valartisbank⁺

Profil

Langfristige Unternehmenspolitik, die wesentlichen Erfolgsfaktoren: Das Institut verfolgt eine indexorientierte Veranlagungspolitik der Kundenvermögen. Diese bewährte Strategie soll auch in Zukunft beibehalten werden. Die Geschäftsleitung der Bank ist überzeugt, dass die langfristige Unternehmensabsicherung nur mit Hilfe eines internationalen Kundenportfolios möglich ist. Wesentlicher Erfolgsfaktor ist die Verbundenheit der Mitarbeiter zum Arbeitgeber. 32 Mitarbeiter halten 30 Prozent der Gesellschaftsanteile, was ein unternehmerisches und nachhaltiges Handeln bewirkt. Weitere Erfolgsfaktoren der Valartis Bank (Liechtenstein) AG sind die Fremdsprachenkompetenz und die familiären Wurzeln in der jeweiligen Kundenregion. Die bestehenden Desks (Deutsch, Englisch, Italienisch, Spanisch, Russisch, Tschechisch, Polnisch, Türkisch,

Mandarin, Serbisch, Kroatisch, Slowenisch, Ungarisch) ermöglichen einen effizienten Marktzugang und sind aus Sicht der Bank Voraussetzung für die Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Sorgfaltspflichten.

Die Valartis Fund Management (Liechtenstein) AG ist ein Tochterunternehmen (100 Prozent) und hat sich auf die Auflage und Administration von individuell ausgestalteten Investmentfonds spezialisiert. Private Label Fonds sind attraktive Instrumente für internationale Unternehmensbeteiligungen unter dem Aspekt Erben, Schenken und laufende Verwaltung. Die Gesellschaft gewinnt von Jahr zu Jahr an Bedeutung und trägt zu den Assets under Management und am Gewinn nach Steuern spürbar bei.

Zahlen & Fakten

in Mio. CHF	31.12.2014
Bilanzsumme	1'997.3
Jahresgewinn	17.1
Eigenmittel (nach Gewinnverwendung)	53.6
Verwaltete Vermögen	3'945.1
Beschäftigte (teilstzeitbereinigt)	83.5

Organisation

Verwaltungsrat	Urs Maurer-Lambrou, Präsident Dr. Erik Nuener, Stv. Präsident Rolf Müller Christoph N. Meister Univ.-Prof. Dr. Martin Wenz
Geschäftsleitung	Dr. Andreas Insam, Vorsitzender Dr. Gerhard Lackinger
Revisionsstelle	Ernst & Young AG, Zürich
PR-Kontaktperson	Dr. Andreas Insam

Banque Havilland (Liechtenstein) AG



Profil

Die Banque Havilland (Liechtenstein) AG mit Sitz in Vaduz, ist durch die Akquisition der Mehrheitsaktien zum 30. September 2014 durch die Banque Havilland S.A. mit Hauptsitz im Grossherzogtum Luxemburg, ein Teil der Gruppe geworden.

Im Jahre 2009 durch die Familie Rowland gegründet, hat sich die Banque Havilland während der letzten Jahre zu einer internationalen Privatbanken-Gruppe entwickelt, die sich insbesondere auf sehr vermögende Privatpersonen und deren Familien, Unternehmen und Fonds spezialisiert hat. Die Banque Havilland entstand aus dem Wunsch der Familie heraus, eine Privatbank zu erschaffen, die auch ihren eigenen Ansprüchen gerecht wird. Mit der Banque Havilland

wurde eine neue, solide Privatbank mit Fokus auf das Private Banking geschaffen, die ihren Kunden und Geschäftspartnern Sicherheit und Zuverlässigkeit bei der Strukturierung und Verwaltung ihrer Vermögen bietet. Daneben bietet die Bank Depotbankdienstleistungen für Investmentfonds.

Die Banque Havilland Gruppe ist neben Luxemburg und Liechtenstein auch in London, Monaco, Nassau, Dubai und Moskau vertreten.

Zahlen & Fakten

in Mio. CHF	31.12.2014
Bilanzsumme	248.3
Jahresgewinn	-2.8
Eigenmittel (nach Gewinnverwendung)	45.3
Verwaltete Vermögen	1'015.6
Beschäftigte (teilzeitbereinigt)	24

Organisation

Verwaltungsrat	Graham Robeson, Präsident (ab 01.10.2014)
	Alain Bruno Lévy, Präsident (bis 30.09.2014)
	Harley Rowland, Vizepräsident (ab 01.10.2014)
	Gerhard Auer, Vizepräsident (bis 30.09.2014)
	Peter Lang, Mitglied (ab 01.10.2014 bis 28.05.2015)
	Laurence Rose, Mitglied (ab 21.04.2015)
Geschäftsleitung	Edio Delcò, Mitglied (bis 30.09.2014)
	Peter Lang, CEO (ab 28.05.2015)
	Robert Rastner, CEO (bis 27.05.2015)
	Zorica Lipovac, COO (ab 28.05.2015)
	Manuel Fischer, CFO (bis 27.05.2015)
Revisionsstelle	PricewaterhouseCoopers AG, Zürich
PR-Kontaktperson	Margit Maria Geismayr

Bank Frick & Co. AG



Profil

«Eine sichere Zukunft mitgestalten zu dürfen, ist eine der wertvollsten Aufgaben überhaupt.» Dieses Leitmotiv bestimmt unter anderem die Entscheidungsfindungsprozesse der Bank Frick. Neben der klassischen Vermögensverwaltung entwickelt und verwaltet die Bank Frick Investitionen in ausgesuchten Immobilien (Deutschland, Schweiz, UK und Liechtenstein). Diese Investitionen werden immer unter den Aspekten von konstanten Zahlungsströmen (Erträge) und/oder potenziellen Kapitalgewinnen realisiert – es sind Realwertinvestitionen, welche die Bank Frick hierbei interessieren.

Die Bank Frick ist seit geraumer Zeit erfolgreich auch in London vertreten.

Ein neues Standbein im Bereich des Kreditkartengeschäftes – die sogenannten «Acquiring Services» – konnten die Verantwortlichen der Bank Frick aufbauen. Neue und interessante Geschäftsfelder haben sich der Kundschaft der Bank Frick dadurch eröffnet.

Die Bank Frick verfügt über ein umfangreiches Portfolio mit Sponsoring- und Sozialengagements, welches Sport und Kultur sowie Soziales beinhaltet. Dabei verfolgt die Bank Frick – ihrer Firmenkultur entsprechend – langfristige und nachhaltige Ziele.

Zahlen & Fakten

in Mio. CHF	31.12.2014
Bilanzsumme	1'603.4
Jahresgewinn	2.5
Eigenmittel (vor Gewinnverwendung)	78.8
Verwaltete Vermögen	2'621.0
Beschäftigte (teilstzeitbereinigt)	38

Organisation

Verwaltungsrat	Dr. Mario Frick, Verwaltungsratspräsident Werner Fiori Kuno Frick sen. Mag. Johann Fahrnberger Dr. Kuno Frick, CIO (seit 01.04.2015)
Geschäftsleitung	Edi Wögerer, CEO Roland Frick, CFO Dr. Kuno Frick, CIO (bis 01.04.2015)
Revisionsstelle	ReviTrust Grant Thornton AG, Schaan
PR-Kontaktperson	Edi Wögerer/Dr. Mario Frick

EFG Bank von Ernst AG



EFG  Bank von Ernst

Profil

Die EFG Bank von Ernst AG verbindet die Tradition des Schweizer Private Bankings und Wealth Management mit den Vorteilen des Fürstentums Liechtenstein wie einer stabilen Sozial-, Rechts- und Wirtschaftsordnung, politischer Stabilität, einer soliden Finanzpolitik der öffentlichen Haushalte und engen Beziehungen zur Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Die EFG Bank von Ernst AG bietet erstklassige Dienstleistungen an. Diskretion, Respektierung der Privatsphäre und die Wahrung des Vermögens ihrer Kunden sind weitere fundamentale Werte ihrer persönlichen Betreuung. Diese Prinzipien bilden die Grundlage ihrer Geschäftsphilosophie. Die EFG Bank von Ernst AG stellt die Kundenzufriedenheit in den Vordergrund und verfolgt eine konservative Risikopolitik.

Mit einer BIZ-Kernkapitalquote von 60.6 Prozent ist die EFG Bank von Ernst AG die mit am höchsten kapitalisierte Bank in Liechtenstein und erfüllt die zukünftigen Erfordernisse nach Basel III bereits heute. Da Vertrauen das wertvollste Gut der Banken ist, hat ihr ihre Muttergesellschaft zur Sicherung der Kundenforderungen ein breit diversifiziertes Bondportfolio in der Höhe von rund CHF 139.6 Millionen verpfändet.

Zahlen & Fakten

in Mio. CHF	31.12.2014
Bilanzsumme	219.8
Jahresgewinn	1.1
Eigenmittel (vor Gewinnverwendung)	36.9
Verwaltete Vermögen	705.4
Beschäftigte (teilzeitbereinigt)	16.3

Organisation

Verwaltungsrat	Rudy van den Steen, Präsident Gerhard H. Müller, Vize-Präsident Ernst Weder John Williamson
Geschäftsleitung	Daniel Taverna Andreas Bruggmann
Revisionsstelle	PricewaterhouseCoopers AG, St. Gallen
PR-Kontaktperson	Daniel Taverna

Raiffeisen Privatbank Liechtenstein AG



Profil

Die Raiffeisen Privatbank Liechtenstein hat sich seit ihrer Gründung 1998 erfolgreich als verlässliche Ansprechpartnerin für vermögende Privatkunden und Intermediäre etabliert.

Das zentrale Kundenversprechen der mehrfach ausgezeichneten Bank heisst Sicherheit und Internationalität.

Um die hohen Ansprüche der Anleger zu erfüllen, entwickelt sie individuelle Lösungen im Vermögensmanagement. Dabei stehen Attribute wie langfristige Absicherung der Kundenvermögen, eine im Kern solide Anlagepolitik mit dem Ziel nachhaltiger Wertsteigerung und grösstmögliche Nähe zum Kunden im

Vordergrund. Als professioneller Vermögensverwalter mit internationalem Beziehungsumfeld profitieren die Kunden von dessen grenzüberschreitender Beratung.

Den Begriff «Raiffeisen», den sie in ihrem Namen führt, betrachtet sie als Verpflichtung und prägt den Umgang mit den Kunden: er steht für Sympathie, Verlässlichkeit und Erfahrung. Durch den Zusatz «Privatbank» werden in erster Linie die Kerngeschäftsfelder Private Banking und Trust Banking gestärkt und der Charakter einer Privatbank betont.

Zahlen & Fakten

in Mio. CHF	31.12.2014
Bilanzsumme	357.5
Jahresgewinn	0.3
Eigenmittel (vor Gewinnverwendung)	40.9
Verwaltete Vermögen	1'131.9
Beschäftigte (teilzeitbereinigt)	36.9

Organisation

Verwaltungsrat	Dr. Günther Dapunt, Präsident
	Dr. Johannes Ortner, Stv. Präsident
	Mag. Richard Erne (seit 16.04.2014)
	Prof. Dr. Hanns Fitz
	Dr. Herbert Fritz
	Dr. Andreas Gapp
Geschäftsleitung	MMag. Erhard Tschmelitsch
	Gernot Uecker (bis 16.04.2014)
	Dipl.-Kfm. Florian Widmer
	Markus Amann
	Thomas Mathis
Revisionsstelle	Ludwig Rehm (bis 30.09.2014)
	ReviTrust Grant Thornton AG, Schaan
PR-Kontaktperson	Markus Amann

Kaiser Partner Privatbank AG



kaiser.partner

Profil

Die Kaiser Partner Privatbank AG ist Teil der im Privatbesitz befindlichen und preisgekrönten Wealth-Management-Gruppe Kaiser Partner. Sie unterstützt Familien und deren Berater seit mehr als drei Jahrzehnten, Vermögen langfristig zu sichern und zu vermehren. Das Angebot reicht von klassischen Private-Banking-Dienstleistungen hin zu massgeschneiderten Anlagekonzepten. Die Anlagestrategien und -dienstleistungen von Kaiser Partner basieren auf den Prinzipien des Responsible Investing. Bei ihrer Entwicklung stehen Profitabilität, Nachhaltigkeit und Verantwortungsbewusstsein

im Vordergrund. Die Kunden profitieren von einer intensiven persönlichen Betreuung und der einzigartigen Fachkompetenz der Kaiser Partner Privatbank AG. Der besondere Ansatz für das Asset Management wird in enger Zusammenarbeit mit den Zürcher Analysten von Wellershoff & Partners Ltd. realisiert. Weitere Informationen: www.kaiserpartner.com

Zahlen & Fakten

in Mio. CHF	31.12.2014
Bilanzsumme	558.9
Jahresgewinn	2.6
Eigenmittel (vor Gewinnverwendung)	47.0
Verwaltete Vermögen	2'395.6
Beschäftigte (teilzeitbereinigt)	37.3

Organisation

Verwaltungsrat	Fritz Kaiser, Präsident Otmar Hasler, Mitglied Dr. Elmar Wiederin, Mitglied
Geschäftsleitung	Dr. Ariel Sergio Goekmen, Vorsitzender Christian Reich, Mitglied Christoph Küng, Mitglied
Revisionsstelle	Ernst & Young AG, Zürich
PR-Kontaktperson	Bianca Hasler

Bank Vontobel (Liechtenstein) AG



Profil

Die Bank Vontobel (Liechtenstein) AG ist eine 100% Tochtergesellschaft der Vontobel-Gruppe mit Hauptsitz in Zürich. Die Vontobel-Gruppe ist eine international ausgerichtete Schweizer Privatbank, deren Grundstein bereits 1924 in Zürich gelegt wurde. Vontobel ist auf die Vermögensverwaltung für Privatkunden und institutionelle Anleger sowie auf das Investment Banking spezialisiert. Der Gruppe waren per Ende Dezember 2014 Vermögen in Höhe von über CHF 190 Mrd. anvertraut.

Weltweit erbringen 1'400 Mitarbeitende erstklassige und massgeschneiderte Dienstleistungen für international ausgerichtete Kunden. Die Namenaktien der Vontobel Holding AG sind an der SIX Swiss Exchange kotiert. Die Familien Vontobel und die gemeinnützige Vontobel-Stiftung besitzen die Aktien- und Stimmenmehrheit.

Zahlen & Fakten

in Mio. CHF	31.12.2014
Bilanzsumme	226.7
Jahresgewinn	0.2
Eigenmittel (nach Gewinnverwendung)	30.9
Verwaltete Vermögen	k.A.
Beschäftigte	14

Organisation

Verwaltungsrat	Georg Schubiger, Präsident Dr. Martin Sieg Castagnola Dr. Peter Hemmerle
Geschäftsleitung	Ruth Egeter-Woerz, Vorsitz Franz Schädler
Revisionsstelle	Ernst & Young AG, Bern
PR-Kontaktperson	Ruth Egeter-Woerz

Bank Alpinum AG



BANK ALPINUM 

Profil

Der Erfolg vermögender Privatkunden, Unternehmer und Familien ist das Ziel der Bank Alpinum. Frei von Interessenskonflikten und unabhängig von einer Finanzgruppe werden die Kunden sehr persönlich beraten. Hinter der Privatbank stehen erfahrene Bankiers, Rechtsanwälte und Unternehmer, welche konsequent auf Qualität setzen.

Die Bank Alpinum weiss um die Verantwortung, die sie trägt. Ihre Grösse ist überschaubar, die Hierarchien sind flach und die Wege kurz. Die Berater nehmen sich Zeit, um die Vermögen der Kunden langfristig zu bewahren und zu mehren. Es werden alle Dienst-

leistungen rund um die moderne strategische Vermögensplanung geboten. Nicht Produkte stehen im Mittelpunkt, sondern der Mensch, um den sich alles dreht.

Vermögen über Generationen zu entwickeln ist die Stärke der Bank Alpinum. Dazu stützt sie sich auf ein globales und handverlesenes Netzwerk aus Wirtschafts-, Rechts-, Versicherungs- und Steuerexperten, Treuhändern und Fondsmanagern. Tief verankert im Finanzplatz Liechtenstein, bündelt die Bank Alpinum Spezialwissen in einer Hand.

Zahlen & Fakten

in Mio. CHF	31.12.2014
Bilanzsumme	221.8
Jahresgewinn	0.4
Eigenmittel (vor Gewinnverwendung)	20.4
Verwaltete Vermögen	955.0
Beschäftigte	22

Organisation

Verwaltungsrat	Wolfgang Seeger, Präsident Yousef Sherkati, Vizepräsident Werner Althaus Franz Jäggi Dr. Peter Reichenstein (bis 28.04.2015)
Geschäftsleitung	Urban B. Eberle Peter Laukas Christian Oertli
Revisionsstelle	ReviTrust Grant Thornton AG, Schaan
PR-Kontaktperson	Karin Schöb-Müller

Union Bank AG



UNION BANK

Profil

Die Union Bank AG hat ihren Sitz in Vaduz, Liechtenstein. Der Fokus der Bank liegt auf Private Banking, Corporate Banking und Family-Office-Dienstleistungen für erfolgreiche osteuropäische Unternehmer. Die Bank ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft einer Liechtensteiner Familienstiftung und ist seit Ende 2013 in dieser Ausrichtung am Markt und somit das jüngste Mitglied des Verbands.

Diese weitreichenden geopolitischen als auch regulatorischen Veränderungen stellen eine grosse Chance für die Union Bank AG dar. Insbesondere die Spezialisierung auf die Kernmärkte ist von

essentieller Bedeutung und erlaubt eine klare Marktpositionierung. Auf der operativen Ebene zeigte der Um- und Neuaufbau der Geschäftssegmente Private Banking, Family Office und Corporate Banking Advisory erste Erfolge. Erfahrene Markt- und Fachspezialisten wurden als Mitarbeiter für alle Bereiche der Bank gewonnen.

Um die Effizienz zu erhöhen, wurde die operative Geschäftstätigkeit ausschliesslich auf den Standort Austrasse 46 in Vaduz konzentriert; die Geschäftsräume im Städtle 27 wurden Ende 2014 abgegeben.

Zahlen & Fakten

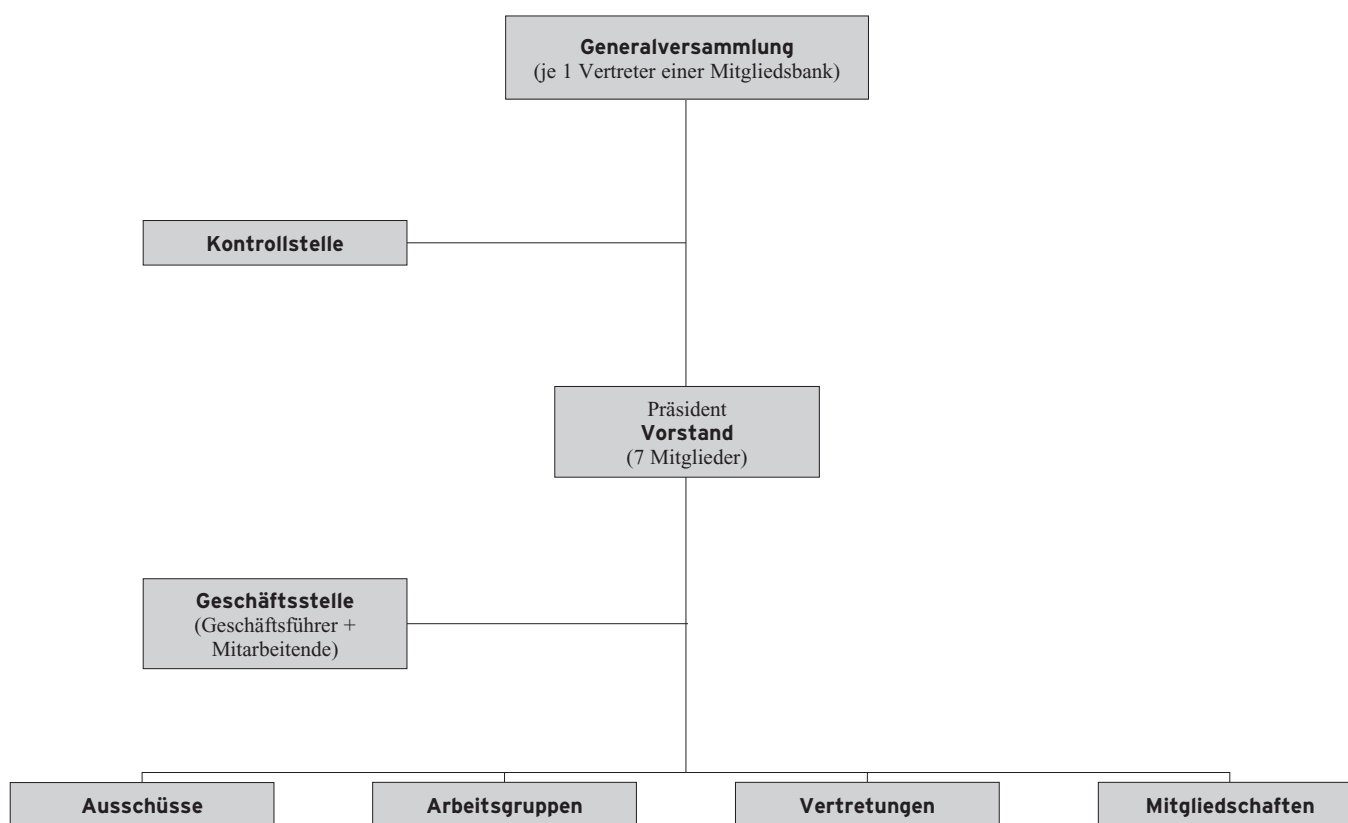
in Mio. CHF	31.12.2014
Bilanzsumme	24.9
Jahresgewinn	-3.0
Eigenmittel (nach Gewinnverwendung)	14.7
Verwaltete Vermögen	159.7
Beschäftigte	13

Organisation

Verwaltungsrat	Dr. Rico Baumgartner, Präsident Elfried Hasler, Vizepräsident Dr. Christoph Sievers Marc P. Zahn
Geschäftsleitung	Thomas Schmidt, CEO Hans-Ulrich Nigg, CFO/COO (seit 17.07.2014) Thomas Bühlmann, CFO/COO (bis 16.07.2014)
Revisionsstelle	ReviTrust Grant Thornton AG, Schaan
PR-Kontaktperson	Thomas Schmidt

Organisation

Stand: 1. Mai 2015



Ausschüsse

Finanzen

Rafik Yezza

Kommunikation

Simon Tribelhorn

Kredite

Rafik Yezza

Nachhaltigkeit

Simon Tribelhorn

Operations

Johann Wucherer

Personal

Sabine Langenegger

Personalentwicklung

Anita Hardegger

Recht & Compliance

Andrea Brüllmann

Steuern

Simon Tribelhorn

Arbeitsgruppen

Automatischer

Informationsaustausch (AIA)

Simon Tribelhorn

Expertengruppe Compliance

Andrea Brüllmann

Expertengruppe IFRS

Rafik Yezza

Expertengruppe Meldewesen

Rafik Yezza

Englisch Sprachtrainings

Sabine Langenegger

Fondsplatz FL

Andrea Brüllmann

Grundbildung

Anita Hardegger

Liquidität

Rafik Yezza

Nachrichtenlose Vermögen

Silvia Heron

Österreich-Abkommen

Simon Tribelhorn

SEPA End Date

Johann Wucherer

Steuerkooperation

Simon Tribelhorn

Systemrelevante Banken

Rafik Yezza

UK-Abkommen

Simon Tribelhorn

Umsetzung MiFID II-Richtlinie

Andrea Brüllmann

Umsetzung EMIR Regulierung

Johann Wucherer

Korrespondenzbanken /

Gegenparteien

Andrea Brüllmann

US-Quellensteuer & FATCA

Rafik Yezza

Vergütungspolitik

Rafik Yezza

Verwahrstellen

Andrea Brüllmann

Vertretungen

Über 20 diverse ad-hoc und themenbezogene Vertretungen

Mitgliedschaften

European Banking Federation (EBF)

European Payments Council (EPC)

European Parliamentary Financial Services Forum (EPFSF)

Wir bedanken uns bei allen, die das ganze Jahr über engagiert in unseren Ausschüssen und Arbeitsgruppen mitarbeiten.

Liechtensteinische Banken

Stand 1. Mai 2015

Bank Reihenfolge gemäss Datum der Konzessionserteilung		a) e-Banking b) Swift-Code c) BC-Nr. d) PC-Konto e) SEPA f) GIIN g) LEI	Mitglied LBV	a) Bilanzsumme b) Verw. Vermögen c) Jahresgewinn in Mio. CHF (per 31.12.2014)
Liechtensteinische Landesbank AG Städtle 44 Postfach 384 9490 Vaduz	T +423 236 88 11 F +423 236 88 22 llb@llb.li www.llb.li	a) Ja b) LILALI2X c) 8800 d) 90-3253-1 e) Ja f) K53BY1.00000.LE.438 g) 529900OE1FOAM50XLP72	Ja	a) CHF 14'452.2 b) CHF 50'218.0* c) CHF 76.4 Beschäftigte 502
LGT Bank AG Herrengasse 12 Postfach 85 9490 Vaduz	T +423 235 11 22 F +423 235 15 22 info@lgt.com www.lgt.com	a) Ja b) BLFLLI2X c) 8810 d) 90-2877-9 e) Ja f) ETSQ4H.00000.LE.438 g) 7KDSOB6Z0X4S67TMX170	Ja	a) CHF 30'692.7 b) CHF 61'268.1 c) CHF 492.1 Beschäftigte 771
VP Bank AG Aeulestrasse 6 Postfach 9490 Vaduz	T +423 235 66 55 F +423 235 65 00 info@vpbank.com www.vpbank.com	a) Ja b) VPBVLI2X c) 8805 d) 90-8291-5 e) Ja f) 5U5UET.00000.LE.438 g) MI3TLH1I0D58ORE24Q14	Ja	a) CHF 9'315.6 b) CHF 30'939.1* c) CHF 20.8 Beschäftigte 472
NEUE BANK AG Marktgass 20 Postfach 1533 9490 Vaduz	T +423 236 08 08 F +423 232 92 60 info@neuebankag.li www.neuebankag.li	a) Ja b) NBANLI22 c) 8802 d) 90-151-9 e) Ja f) QUEPPF.99999.SL.438 g) 529900OLW8QPFMTBDC23	Ja	a) CHF 1'309.8 b) CHF 4'615.5 c) CHF 6.7 Beschäftigte 55
Centrum Bank AG 9490 Vaduz Fusion mit VP Bank AG, Vaduz, per 30.04.2015			Ja	a) CHF 1'928.3 b) CHF 7'100.1 c) CHF -44.2
Konzession seit 19.05.1992				Beschäftigte 81.9
Volksbank AG Feldkircher Strasse 2 Postfach 886 9494 Schaan	T +423 239 04 04 F +423 239 04 05 info@volksbank.li www.volksbank.li	a) Ja b) VOAGLI22 c) 8812 d) 84-40000-3 e) Nein f) 17ZSBB.00001.ME.438 g) 529900UHDH7QLRMEJQ86	Ja	a) CHF 661.7 b) CHF 1'828.1 c) CHF 4.2 Beschäftigte 33.1

* konsolidiert

Bank Reihenfolge gemäss Datum der Konzessionserteilung		a) e-Banking b) Swift-Code c) BC-Nr. d) PC-Konto e) SEPA f) GIIN g) LEI	Mitglied LBV	a) Bilanzsumme b) Verw. Vermögen c) Jahresgewinn in Mio. CHF (per 31.12.2014)	
Valartis Bank (Liechtenstein) AG Schaaner Strasse 27 9487 Gamprin-Bendern Konzession seit 14.07.1998	T +423 265 56 56 F +423 265 56 99 info@valartis.li www.valartis.li	a) Ja b) HYIBLI22 c) 8803 d) 90-760790-3 e) Ja f) WFS90C.00000.LE.438 g) 529900XB6RQ3XCELQO62	Ja	a) CHF 1'997.3 b) CHF 3'945.1 c) CHF 17.1 Beschäftigte 83.5	
Banque Havilland (Liechtenstein) AG (vorm. Banque Pasche (Liechtenstein) SA) Austrasse 61 Postfach 832 9490 Vaduz Konzession seit 14.07.1998	T +423 239 33 33 F +423 239 33 00 info.lie@banquehavilland.li www.banquehavilland.li	a) Ja b) SFBALI22 c) 8814 d) 90-25494-7 e) Nein f) YN6NPR.00003.ME.438 g) 549300KO1GDQ208GOP45	Ja	a) CHF 248.3 b) CHF 1'015.6 c) CHF -2.8 Beschäftigte 24	
Bank Frick & Co. AG Landstrasse 14 Postfach 43 9496 Balzers Konzession seit 10.11.1998	T +423 388 21 21 F +423 388 21 22 bank@bankfrick.li www.bankfrick.li	a) Ja b) BFRILI22 c) 8811 d) 90-29990-9 e) Ja f) F011IR.99999.SL.438 g) 529900RQOBT3ZJMDRK43	Ja	a) CHF 1'603.4 b) CHF 2'621.0 c) CHF 2.5 Beschäftigte 38	
EFG Bank von Ernst AG Egertastrasse 10 Postfach 112 9490 Vaduz Konzession seit 01.12.1998	T +423 265 53 53 F +423 265 53 63 info@efgbankvonernst.com www.efgbankvonernst.com	a) Ja b) EFGBLI22 c) 8667 d) 90-120070-7 e) Ja f) 3S4QHA.00002.ME.438 g) 529900Z355879WHNF139	Ja	a) CHF 219.8 b) CHF 705.4 c) CHF 1.1 Beschäftigte 16.3	
Raiffeisen Privatbank Liechtenstein AG Austrasse 51 Postfach 1621 9490 Vaduz Konzession seit 18.12.1998	T +423 237 07 07 F +423 237 07 77 info@raiffeisen.li www.raiffeisen.li	a) Ja b) RAIBLI22 c) 8813 d) 90-725203-8 e) Ja f) R8B9N3.00001.ME.438 g) 529900LPOMNO5PKFJZ64	Ja	a) CHF 357.5 b) CHF 1'131.9 c) CHF 0.3 Beschäftigte 36.9	
Kaiser Partner Privatbank AG Herrengasse 23 Postfach 725 9490 Vaduz Konzession seit 26.05.1999	T +423 237 80 00 F +423 237 80 01 info@kaiserpartner.com www.kaiserpartner.com	a) Nein b) SERBLI22X c) 8806 d) 90-13763-6 e) Nein f) IA0C3P.00004.ME.438 g) 529900DPOQPLDSF3R482	Ja	a) CHF 558.9 b) CHF 2'395.6 c) CHF 2.6 Beschäftigte 37.3	

Bank Reihenfolge gemäss Datum der Konzessionserteilung		a) e-Banking b) Swift-Code c) BC-Nr. d) PC-Konto e) SEPA f) GIIN g) LEI	Mitglied LBV	a) Bilanzsumme b) Verw. Vermögen c) Jahresgewinn in Mio. CHF (per 31.12.2014)	
Alpe Adria Privatbank AG (in freiwilliger Liq.) Immagass 2 Postfach 9490 Vaduz Konzession seit 21.09.1999	T +423 231 19 50 F +423 231 19 49 info@alpe-adria-privatbank.li www.alpe-adria-privatbank.li	a) Nein b) – c) – d) – e) Nein f) VRLCYT.00007.ME.438 g) –	Nein	a) CHF 7.9 b) CHF k.A. c) CHF k.A. Beschäftigte k.A.	
Bank Vontobel (Liechtenstein) AG Pflugstrasse 20 Postfach 786 9490 Vaduz Konzession seit 11.07.2000	T +423 236 41 11 F +423 236 41 12 postmaster@vontobel.li www.vontobel.li	a) Nein b) – c) – d) – e) Nein f) GZG8H8.00031.ME.438 g) –	Ja	a) CHF 226.7 b) CHF k.A. c) CHF 0.2 Beschäftigte 14	
Bank Alpinum AG Austrasse 59 Postfach 1528 9490 Vaduz Konzession seit 03.04.2001	T +423 239 62 11 F +423 239 62 21 info@bankalpinum.com www.bankalpinum.com	a) Ja b) BALPLI22 c) 8801 d) 90-173259-3 e) Ja f) JIX85I.99999.SL.438 g) 529900K7I3TLNULZH805	Ja	a) CHF 221.8 b) CHF 955.0 c) CHF 0.4 Beschäftigte 22	
Union Bank AG Austrasse 46 Postfach 1535 9490 Vaduz Konzession seit 10.11.2009	T +423 239 35 35 F +423 239 35 37 info@unionbank.li www.unionbank.li	a) Ja b) UNIVLI22 c) 8815 d) – e) Ja f) U2EFG2.99999.SL.438 g) 529900MK00MZH17O2A83	Ja	a) CHF 24.9 b) CHF 159.7 c) CHF -3.0 Beschäftigte 13	
SIGMA KREDITBANK AG Landstrasse 156 Postfach 609 9495 Triesen Konzession seit 29.03.2010	T +423 239 03 39 F +423 239 03 38 info@sigmakreditbank.li www.sigmakreditbank.li	a) Nein b) – c) – d) – e) Nein f) XZ71FG.99999.SL.438 g) –	Nein	a) CHF 223.1 b) CHF k.A. c) CHF 1.7 Beschäftigte 15.6	



Liechtensteinischer Bankenverband
Austrasse 46, 9490 Vaduz
Fürstentum Liechtenstein
T: +423 230 13 23, F: +423 230 13 24
info@bankenverband.li, www.bankenverband.li

